



## Protokoll

### **25. Sitzung des Gemeinderates Montag, 21. Oktober 2024, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Interpellation 582/2024 von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale), Josua Graf (Grünliberale), Matthias Bickel (FDP), Ulrich Schmid (SVP) und Benjamin Streit (SVP): Übersicht Einhaltung der Budgets von Bauvorhaben und Übersicht von eingeleiteten und vollständig integrierten Massnahmen zur Einhaltung der Budgets der letzten 5 Jahre
- 4 Weisung 75/2024 des Stadtrates: Frühe Förderung, Evaluation Pilotprojekt 2021 bis 2024 und Weiterführung ab 2025, Kreditantrag
- 5 Postulat 576/2024 von Daniel Schnyder (SVP) und Gianluca Di Modica (FDP): «Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie am Uster Märt: Mehr als nur eine Mehrwegbecher-Strategie?»
- 6 Postulat 577/2024 von Nina Nussbaumer (SP), Marco Kranner (Grünliberale) und Walter Meier (EVP): «Weiterentwicklung offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster»
- 7 Postulat 550/2023 von Jürg Krauer (FDP) und Markus Ehrensperger (SVP): Strassenzustand, systematische Erfassung und Veröffentlichung
- 8 Postulat 553/2023 von Natalie Lengacher (Grüne), Debora Zahn (Grüne), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Karin Niedermann (SP): «Endlich Lärmschutzmassnahmen umsetzen»
- 9 Postulat 557/2024 von Balthasar Thalmann (SP): «Eine Zukunft für das Stadtarchiv - keine tote Untere Farb: Kühlen Kopf bewahren und planen anstelle voreiliger Aktionen»
- 10 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Hans Denzler (SVP), Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	35 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Patricio Frei (Grüne), Stimmzähler Pascal Sidler, Stadtschreiber
Medien	Marie Fredericq, AVU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und das Publikum auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Ersatzwahl ad hoc für Stimmzähler Patricio Frei (Grüne)

Anstelle des erkrankten Patricio Frei (Grüne) wird Balthasar Thalmann (SP) zum Stimmzähler ad hoc gewählt.

## 1 Mitteilungen

### Ratsausflug vom 31. August 2024

Der Gemeinderat hat nach seinem Ratsausflug vom «Verein zur Erhaltung alter Handwerks- und Industrieanlagen im Zürcher Oberland» ein Uster-Jacquard erhalten, welches einen Blick auf Uster 1875 zeigt. Dass dieses Sujet mit meinen Glückwunschkarten zum Geburtstag von Gemeinderats- und von Stadtratsmitgliedern übereinstimmt, ist rein zufällig.

### Fraktionserklärungen

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion verliest **Jürg Krauer (FDP)** folgende Fraktionserklärung: *Mit dem Richtplanentwurf gemäss Weisung 71 nimmt der Stadtrat volles Risiko und pokert hoch. Sehr hoch! Zu hoch? Man darf gespannt sein, ob die Ustermer Stimmbevölkerung bei einem möglichen Referendum die ideologischen links-grünen Zukunftsvorstellungen tatsächlich mittragen würden. Bereits die ursprüngliche Version des stadträtlichen Richtplanes beinhaltete alles, was das sozial-ökologische Herz begehrt. Mit dem Einwendungsverfahren und der Abarbeitung aller 2700 Einwendungen wurde der Appetit der links-grünen Regierung dann richtig geweckt: Die meisten Anliegen der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft wurden links liegengelassen und gleichzeitig wurden die ideologischen Wünsche des anderen Spektrums grösstenteils dankend entgegengenommen. Herausgekommen ist ein Richtplanentwurf, mit dem der aktuelle Stadtrat volles Risiko und damit ein Scheitern ganz offensichtlich in Kauf nimmt. Aus bürgerlicher Sicht ist der aktuelle Richtplanentwurf klar abzulehnen. Er ist aufgeblasen, löst unkontrollierbare Folgekosten aus, widerspricht früheren Aussagen des Stadtrats, ist autofeindlich und hat negative Auswirkungen für unser Gewerbe und unsere Industrieunternehmen. Noch ist allerdings nichts verloren. Bis gestern konnten die KPB-Mitglieder Anträge einreichen. Die FDP/Die Mitte-Fraktion hat diese Chance genutzt und setzt sich mit diversen Anträgen für einen vernünftigen und zukunftsgerichteten Richtplan ein! Für einen Richtplan, welcher die Interessen der gesamten Ustermer Bevölkerung, der Wirtschaft und des Gewerbes aufnimmt und trotzdem ein Auge auf die wichtigen ökologischen Themen und die Stadtfinanzen hat. Ob ein solches Zurechtbiegen des Richtplanes gelingt, darf aufgrund der links-grünen Mehrheit im Gemeinderat leider stark angezweifelt werden. Ein Referendum wäre dann nur folgerichtig. Es geht schliesslich um die Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte und da soll die Stimmbevölkerung mitentscheiden. Und wenn dann der Stadtrat mit seinen ideologischen Zukunftsvorstellungen scheitert und damit jahrelange Planungsarbeit zunichtegemacht wird, dann muss dies der aktuelle Stadtrat ganz allein auf seine Kappe nehmen!*

---

## 2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 24. Sitzung des Gemeinderates vom 2. September 2024 ist am 20. September 2024 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

**3 Interpellation 582/2024 von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale), Josua Graf (Grünliberale), Matthias Bickel (FDP), Ulrich Schmid (SVP) und Benjamin Streit (SVP): Übersicht Einhaltung der Budgets von Bauvorhaben und Übersicht von eingeleiteten und vollständig integrierten Massnahmen zur Einhaltung der Budgets der letzten 5 Jahre**

Von Marco Kranner (Grünliberale), Andreas Pauling (Grünliberale), Josua Graf (Grünliberale), Matthias Bickel (FDP), Ulrich Schmid (SVP) und Benjamin Streit (SVP) ist am 9. September 2024 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Bauvorhaben der Stadt Uster beanspruchen einen grossen Teil des Budgets. Die Umsetzung solcher Vorhaben wird sorgfältig geplant und über die verschiedenen Planungs- und Umsetzungsstufen abgearbeitet. Dabei wird auch viel Wert auf die Budgetierung gelegt (siehe Abbildung 1).

Anhand einiger Meldungen im Gemeinderat über Abweichungen der Planungs- resp. Umsetzungskosten fehlt aus unserer Sicht eine gesamtheitliche Übersicht der finanziellen Abschlüsse der Bauvorhaben. Es ist teilweise nicht nachvollziehbar, wie es zu den Abweichungen gekommen ist und welche Massnahmen getroffen wurden, damit die Kostenüberschreitungen vermindert oder ganz verhindert werden können.

Es würde helfen, wenn es eine Übersicht gibt, in welcher alle Bauvorhaben der letzten 5 Jahre aufgeführt sind, bei welchem klar ersichtlich ist, ob das geplante Budget eingehalten wurde und wenn nicht, in welcher Phase (siehe Zonen Abbildung 1) die Abweichung entstanden ist und warum.

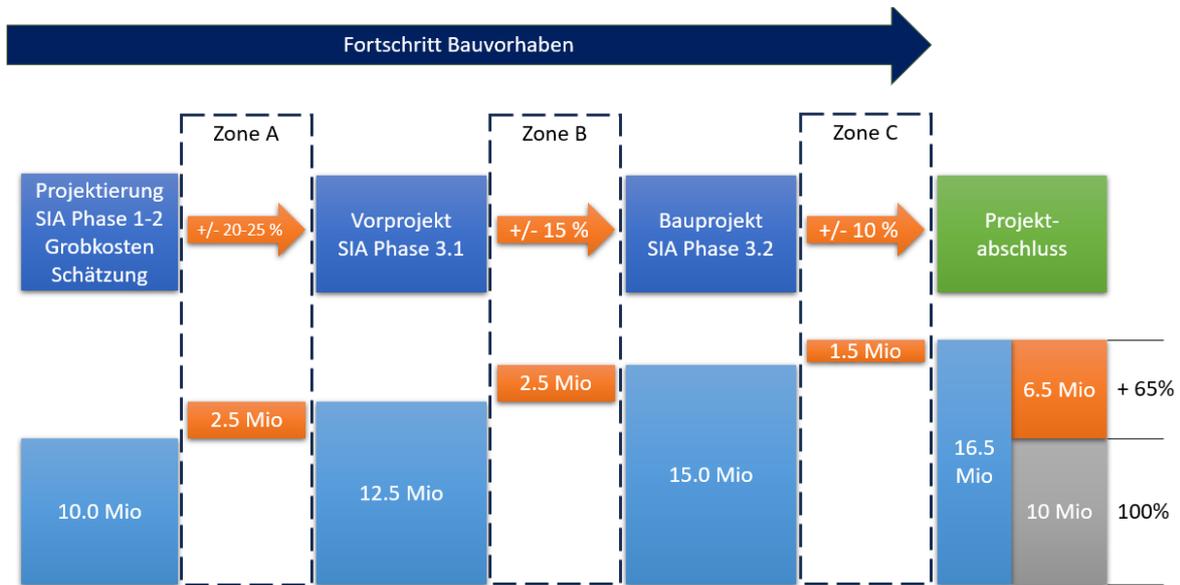


Abbildung 1 Umsetzungsstufen von Bauvorhaben und Anwendungsbeispiel

Phasen	Teilphasen	Ziele
1 Strategische Planung	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien	Bedürfnisse, Ziele und Rahmenbedingungen definiert, Lösungsstrategie festgelegt
2 Vorstudien	21 Definition des Vorhabens, Machbarkeitsstudie	Vorgehen und Organisation festgelegt, Projektierungsgrundlagen definiert, Machbarkeit nachgewiesen, Projektdefinition und Projektpflichtenheft erstellt
	22 Auswahlverfahren	Anbieter/Projekt ausgewählt, welche den Anforderungen am besten entsprechen
3 Projektierung	31 Vorprojekt	Konzeption und Wirtschaftlichkeit optimiert
	32 Bauprojekt	Projekt und Kosten optimiert, Termine definiert
	33 Bewilligungsverfahren / Auflageprojekt	Projekt bewilligt, Kosten und Termine verifiziert, Baukredit genehmigt
4 Ausschreibung	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabe	Kauf- und Werkverträge abgeschlossen
5 Realisierung	51 Ausführungsprojekt	Ausführungsreife erreicht
	52 Ausführung	Bauwerk gemäss Pflichtenheft und Vertrag erstellt
	53 Inbetriebsetzung, Abschluss	Bauwerk übernommen und in Betrieb genommen, Schlussabrechnung abgenommen, Mängel behoben
6 Bewirtschaftung	61 Betrieb	Betrieb sichergestellt und optimiert
	62 Überwachung/ Überprüfung/ Wartung	Bauwerkszustand abgeklärt, Wartung sichergestellt
	63 Instandhaltung	Dauerhaftigkeit und Wert für die Restnutzungsdauer aufrechterhalten

**Abbildung 2 SIA Leistungsphasen im Bauwesen**

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- Gibt es eine Übersicht aller Bauvorhaben der letzten 5 Jahre, in welcher sichtbar ist, ob das Budget für die Projektierung, Vorprojekt und Bauprojekt eingehalten wurde? Wenn ja, bitte die prozentuale Über- resp. Unterschreitung pro Bauvorhaben und Phase aufführen. Das gilt auch für Vorhaben mit Überschreitungen innerhalb der Toleranzgrenze.
- Ab welchen Beträgen resp. prozentueller Kostenüberschreitungen des vorgeschlagenen Budgets (Zone A, B & C gemäss Abbildung 1) wird der Stadtrat informiert?
- Welche Instrumente werden im Stadtrat genutzt, um Bauvorhaben in Bezug auf Qualität und Kosten während und nach den Bautätigkeiten zu kontrollieren?
- Wird die Nichteinhaltung von Anforderungen resp. Qualitätsmerkmalen auch proaktiv dem Stadtrat kommuniziert?
- Was passiert bei sich ändernden Anforderungen im laufenden Prozess?
- In welcher Weise wird der Stadtrat im Sinne von Frage 2 bis 5 informiert?
- Gab es Situationen, bei welchen der Stadtrat bei Kostenüberschreitungen nicht informiert wurde? Wenn ja, wie viele und warum?
- Kann der Stadtrat alle geplanten, eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen für Zone A, B und C (siehe Abbildung 1) auflisten, welche getroffen wurden, um Bauvorhaben mit Kostenüberschreitung zu verhindern und erwähnen, welchen Effekt die Massnahmen hatten? Bitte die Informationen wie in Tabelle 1 auflisten.

Bauvorhaben Name	Grund der Kosten-überschreitung	Zone	Beschreibung Massnahme	Status (geplant, eingeleitet, umgesetzt)	Wann geplante Umsetzung oder erledigte Umsetzung	Wirksamkeit Massnahme Erfolgreich/nicht erfolgreich	Bei nicht erfolgreich. Grund angeben.
Bau 1	Planungsfehler	Zone A	Revision Planungsprozess	Eingeleitet	31.10.2025	-	-
Bau 1	Change	Zone C	Revision Change Prozess	Umgesetzt	15.03.2024	Nicht erfolgreich	Keine nachhaltige Wirkung
Bau 2	...		...	...		...	...

**Tabelle 1 Massnahmen Tabelle mit Beispielen**

**Marco Kranner (Grünliberale)** begründet die Interpellation: *In letzter Zeit haben einige Budgetprognosen sowie Anträge von Zusatzkrediten von Bauvorhaben im Gemeinderat zu intensiven Diskussionen geführt. Ein aktuelles Beispiel ist der Zusatzkredit vom Schulhaus Gschwader. Im Rat wurde dieser Antrag nur mit 17:16 Stimmen angenommen. Es wird also nun Zeit hier ein bisschen genauer hinzuschauen.*

*Die Frage ist nun: Sind das nur Ausnahmefälle oder sind Zusatzkredite resp. Budgetüberschreitungen die Regel? Es ist zu beachten, dass die Phasen im SIA-Vorgehen schon eine nicht unerhebliche finanzielle Toleranz von einer zur anderen Phase zulassen. Das Beispiel in der Interpellation zeigt auf, dass die Kosten zwischen der Projektierung des Bauvorhabens und dem Abschluss des Bauprojekts 65% bis über Budget sein können, ohne dass ein Zusatzkredit angefordert werden muss.*

*Damit wir uns ein Bild der Budgettendenz bei den Bauvorhaben in der Stadt machen können, brauchen wir eine Basis, damit eine Auswertung gemacht werden kann. Dazu brauchen wir eine Übersicht aller Bauvorhaben der Stadt und dessen Budgeteinhaltung. Die Übersicht beinhaltet auch die Budgeterreicherung der Bauvorhaben, welche sich in den gerade genannten flexiblen Zonen des SIA-Prozesses bewegen.*

*Man ist interessiert zu sehen, welche Massnahmen der Stadtrat bei Budgetüberschreitungen unternommen hat und welche davon wirksam waren, welche eine nachhaltige Wirkung zeigen und welche nicht. Es soll auch aufgezeigt werden, wie mit Änderungen oder der Nichteinhaltungen von Anforderungen im Stadtrat verfahren wird. Soll als Beispiel nun die Heizung auch noch ersetzt werden, führt dies nicht nur zu Mehrkosten, sondern auch zu einer generellen Planungsänderung. Wer entscheidet bei Änderungen, wie werden sie im Budget verarbeitet und wie werden diese kommuniziert? Ist der Stadtrat im Änderungsprozess überhaupt involviert? Und wenn ja wie?*

*Es soll aufgezeigt werden, wie die generelle Kommunikation von Abweichungen von Budget und Änderungen im Stadtrat läuft. Ist der Stadtrat überhaupt im Besitz aller aktuellen Informationen, um Projekte steuern zu können? Gibt es eine direkte Meldepflicht der Organe, wenn es zu Abweichungen kommt?*

*Um auf all die genannten Fragen eine Antwort zu bekommen, wird eine Übersicht benötigt. Diese Interpellation soll für weitere Schritte eine Basis liefern. Deshalb bitte ich Sie die Interpellation zu unterstützen.*

Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder (Art. 43 Abs. 2 OrgErl GR).

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Die Interpellation 582/2024 wird mit 30 Stimmen (Quorum 12) unterstützt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

#### 4 Weisung 75/2024 des Stadtrates: Frühe Förderung, Evaluation Pilotprojekt 2021 bis 2024 und Weiterführung ab 2025, Kreditantrag

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) referiert **Andreas Pauling (Grünliberale)**: Die Kommission für Bildung und Gesellschaft hat die Weisung am 19. August 2024 beraten. Neben der Stadtpräsidentin Barbara Thalman und dem Leiter Präsidiales Christian Zwinggi war auch die Leiterin der LG Kindheit, Jugend und Inklusion, Andrea Faeh, anwesend. Sie haben die Vorlage erläutert und Fragen beantwortet.

Der Stadtrat beantragt mit dieser Weisung einen Kredit von CHF 235'000 für die Frühe Förderung ab 2025, was einem Mehraufwand von CHF 135'000 im Vergleich zu 2024 entspricht. Als Drittmittel werden zusätzlich CHF 110'000 in Aussicht gestellt. Sollten diese Drittmittel nicht realisiert werden können, wird entsprechend weniger Geld für die Frühe Förderung zur Verfügung stehen.

Es soll weiterhin einen Leistungsvertrag mit dem Familienzentrum geben, doch es ist vorgesehen, die Fachstelle Frühe Kindheit (40% Stelle) in die Verwaltung zu integrieren. Damit werden Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt (2021-2024) umgesetzt. Neu soll es auch Einzelförderung von Kindern aus belasteten Familien geben, um später den Übertritt ins Schulsystem zu erleichtern. Dazu ist unter anderem das Pilotprojekt «aufsuchende Familienarbeit» vorgesehen. Als Massnahmen sind in erster Linie Spielgruppe und Kitas angedacht. Im Weiteren sollen mit dieser Weisung die Aktivitäten zum Thema innerhalb der Stadtverwaltung koordiniert werden.

In der Kommission fand eine intensive Diskussion um die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt statt, das einige seiner Ziele nicht erreicht hat. Die Lehren daraus sollen jetzt umgesetzt werden. Die Kommission diskutierte das Vorgehen in anderen Gemeinden und die verschiedenen Wege, wie Familien vor dem Kindergarteneintritt erreicht werden können. Auch war die Effektivität der Frühen Förderung ein Thema und es wurde gefragt, wie das gemessen werden kann. Dies ist natürlich schwierig. Die Frühe Förderung als solche war unbestritten, doch es wurde moniert, dass das Geld falsch investiert sei, eine Vereinsstärkung würde mehr Sinn machen. Dem wurde entgegengehalten, dass laut vieler Studien jeder investierte Franken in Kinder sich langfristig auch finanziell lohnt. Die Mehrheit der KBG war von der Vorlage überzeugt und stimmte der Weisung mit 6:2 Stimmen (abwesend 1) zu und empfiehlt dem Gemeinderat ebenfalls zuzustimmen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier (EVP)**: Die RPK hat sich am 26. August und 30. September mit der Weisung beschäftigt und dabei vor allem die Finanzen im Blickfeld. Der Stadtrat beantragt:

- Eine Erhöhung des Kredits für das Familienzentrum von Fr. 200'000 auf Fr. 210'000. Davon sind Fr. 100'000 für die Miete und Fr. 110'000 für Aufträge vorgesehen. Wichtig ist, dass gegenüber dem heute gültigen Leistungsvertrag die Fachstelle Frühe Kindheit nicht mehr zu den Aufgaben des Familienzentrums gehört, weil festgestellt wurde, dass die Fachstelle effektiver arbeiten kann, wenn sie in der Stadtverwaltung integriert wird. Das Familienzentrum soll das machen resp. anbieten, was zu ihren Stärken gehört, nämlich Familien und Kinder unterstützen. Diese kommen nicht ins Stadthaus, sondern ins Familienzentrum.
- Fr. 125'000 für die Fachstelle Frühe Kindheit, welche seit dem Mitte 2024 in die Stadt integriert ist. Dabei sind jeweils Fr. 40'000 für die Lohnkosten inkl. Sozialleistungen reserviert, der Rest für Massnahmen, welche den Kindern und deren Eltern zugutekommen sollen.
- Damit die angedachten Massnahmen auch umgesetzt werden können, braucht es aber noch mehr Geld. Fr. 75'000 kommen vom kantonalen Integrations-Programm. Diese sind bis 2027 gesichert.
- Weitere Fr. 35'000 sollen von Stiftungen und Sponsoren kommen. Kommen diese Gelder nicht zusammen, werden gewisse Massnahmen nicht im angedachten Umfang durchgeführt. Wichtig: Der Kredit von Fr. 235'000 wird nicht überschritten.

Beim Thema Frühe Kindheit ist aber nicht nur die Abteilung Präsidiales involviert, welche jetzt den Kredit beantragt. Es braucht eine Zusammenarbeit der Abteilungen Präsidiales, Soziales, Gesundheit und Bildung. Diese Zusammenarbeit wurde in den letzten Monaten etabliert und funktioniert. Beim vorliegenden Kredit geht es aber nur um die Fachstelle Frühe Kindheit, und um den Leistungsauftrag an das Familienzentrum, welche beide beim Präsidialen angesiedelt sind.

In der RPK wurde die Frage gestellt, was mit „logopädische Massnahmen“ gemeint sei. Dabei wurde geantwortet, dass eine Logopädin die Kitas und Krippen ein paar Monate vor Kindergartenbeginn besuchen würde, um herauszufinden, welche Kinder ab Kindergartenbeginn solche Massnahmen benötigen würden.

Eine weitere Frage ging dahin, herauszufinden, wofür die kantonalen KIP-Gelder verwendet werden dürfen. Antwort: Beim Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) gibt es für verschiedene Massnahmen Geld. Die in der Weisung aufgeführten Fr. 75'000 sind explizit für die Frühe Förderung vorgesehen und dürfen nicht anderweitig verwendet werden.

Bei der Diskussion in der RPK wurde bemerkt, dass der heute laufende Kredit noch bis Ende 2025 bewilligt ist. Dabei tauchte die Frage auf, ob es möglich sei, den Kredit zu verändern. Der Stadtrat wurde mit einem Ordnungsantrag eingeladen, eine Änderung des Dispositivs vorzuschlagen und dabei aufzuzeigen, weshalb die neue Formulierung kreditrechtlich zulässig sei. Bei der Überprüfung der Situation kam der Stadtrat zum Schluss, dass eine Änderung des Dispositivs nicht nötig ist. Der Gemeinderat kann einen gefassten Beschluss jederzeit mit einem neuen Entscheid übersteuern.

Abstimmungen:

Es wurde ein Rückweisungsantrag eingebracht mit der Absicht; die Kredite für das Familienzentrum und die Fachstelle Frühe Kindheit zu entkoppeln. Das Dispositiv soll wie folgt geändert werden:

1. Für die Fachstelle Frühe Kindheit wird ein Kredit von jährlich Fr. 125'000 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, den Leistungskontrakt für das Familienzentrum über Fr. 210'000 abzuschliessen.
3. Die Beträge sind im Globalbudget GF Gesellschaft aufzunehmen.
4. Mitteilung an den Stadtrat.

Falls das geänderte Dispositiv eine Mehrheit fände, würde der Antrag gestellt, über die Dispositive einzeln abzustimmen.

Der Antrag, das Dispositiv zu ändern, wurde in der RPK mit 2:7 Stimmen abgelehnt. Damit wurde auch nicht über die einzelnen Dispositive separat abgestimmt.

Die RPK hat in der Schlussabstimmung der Weisung mit 6:3 Stimmen zugestimmt und empfiehlt damit dem Gemeinderat, die Weisung gutzuheissen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier (EVP)**: Die Grünliberale/EVP-Fraktion hat das Anliegen der frühen Förderung schon immer unterstützt. Denn: Je früher wir bei Kindern Fehlentwicklungen korrigieren können, desto günstiger wird es schlussendlich für die Gesellschaft.

Der Stadtrat legt uns eine Weisung mit einem unbefristeten jährlichen Kredit vor. An sich hätten wir einen Evaluationsbericht erwartet. Der Gemeinderat hat am 14. Juni 2021 (nicht am 24. Juni) nämlich unter anderem folgenden Beschluss gefasst:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat im Frühling 2024 einen Evaluationsbericht vorzulegen, damit dieser über die Weiterführung des Projektes entscheiden kann.“

Wir haben mit der Weisung 75/2024 nicht einen Evaluationsbericht erhalten, sondern ein daraus abgeleitetes Konzept, welches teilweise bereits umgesetzt worden ist. Der zweite Teil des Beschlusses aus dem Jahre 2021 wird jedoch erfüllt: Wir können über die Weiterführung des Projekts entscheiden.

Nun könnten uns über das Versäumnis des Stadtrates ärgern, aber im Sinne der Sache wäre das nicht. Wir wollen ja, dass die Gelder für die frühe Förderung und dabei möglichst effektiv eingesetzt werden. Mit dem aufgezeigten Weg besteht Hoffnung, dass dies passiert. Wir stimmen zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Daniel Schnyder (SVP)**: «Frühe Förderung» klingt gut, aber... Die Weisung 75/2024 zur Frühen Förderung mag auf den ersten Blick gut klingen. Ein kritischer Blick auf die tatsächlichen Inhalte und die finanziellen Konsequenzen zeigt jedoch erhebliche Schwachstellen auf.

Wenn hier von «Früher Förderung» die Rede ist, geht es nicht um Kinder wie den Hansli oder das Heidi, die besondere Talente im Rechnen oder im Schreiben haben und gefördert werden sollen. Es handelt sich vielmehr um Kinder, die erhebliche Defizite aufweisen, sei es im Bereich der Deutschkenntnisse oder der sozialen Integration. In vielen Fällen handelt es sich um klassische «Integrationsmassnahmen».

*Unkalkulierte Folgekosten: Die Weisung 75/2024 zeigt klar auf, dass viele der vorgeschlagenen Massnahmen mit weiteren, noch nicht vollständig kalkulierten Kosten verbunden sind, die unter dem Deckmantel «Frühe Förderung» zum Tragen kommen. Zu den besonders kostentreibenden Massnahmen gehören:*

- *Überarbeitung der Familienergänzenden Betreuung (FEB).*
- *Massnahmen der Abteilung Gesundheit wie die Pikettenschädigung für Hebammen.*
- *Massnahmen der Primarschule zur Einführung der Fachperson Betreuung im Kindergarten.*
- *Zusätzlich sind noch weitere Massnahmen geplant, die die Wohn- und Lebensräume für Familien und kleine Kinder verbessern sollen, wie etwa Tempo-30-Zonen, gemeinnütziger Wohnungsbau und bezahlbarer Wohnraum.*

*Die SVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass diese breit gestreute Förderung, wie sie in dieser Weisung vorgesehen ist, langfristig unverhältnismässig hohe Folgekosten nach sich ziehen wird, die wir nicht verantworten können.*

*Unterstützung des Familienzentrums: An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir die Arbeit des Familienzentrums sehr schätzen. Ich habe mich selbst beim Verein über deren Arbeit erkundigt. Der Verein leistet mit freiwilligem Engagement hervorragende Arbeit. Dafür gebührt ihm Respekt und Anerkennung. Die SVP/EDU-Fraktion ist bereit, den Unterstützungsbeitrag an das Familienzentrum in vollem Umfang von 210'000 zu unterstützen, wie sie in Ziffer 3 der Weisung vorgesehen sind. Dies umfasst die 100'000 Franken Betriebsbeitrag und die zusätzlichen 110'000 Franken für die Frühe Förderung.*

*Zum Rückweisungsantrag. Aus diesem Grund beantragt die SVP/EDU-Fraktion: Für Ziffer 3 Dispositiv wird der Stadtrat beauftragt, diesen Leistungsvertrag für das Familienzentrum im Gesamtbetrag von 210'000 Franken in einer separaten Weisung vorzulegen.*

*Wir fordern eine gründliche Überprüfung der langfristigen finanziellen Auswirkungen der übrigen Massnahmen, bevor weitere Gelder bewilligt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Stadt Uster nicht in eine dauerhafte finanzielle Überbelastung gerät.*

*Sollte der Rückweisungsantrag nicht durchkommen, müssen wir die Weisung ablehnen, obwohl wir den Beitrag für das Familienzentrum eigentlich genehmigen wollen. Darum bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti (SP)**: *Es gibt viele Sprichworte, eines finde ich aber für die Weisung Frühe Förderung besonders treffend: Gut' Ding will Weile haben.*

*In den vergangenen Jahren wurde zur Frühen Förderung schon viel debattiert. Anfragen, Postulate und Leistungsmotionen sind eingereicht worden. Nicht alle mit Erfolg. Aber alle mit dem gleichen Grundgedanken, Chancengleichheit für alle Kinder.*

*Jetzt liegt uns ein Konzept zur Frühen Förderung vor, welches überzeugt. Es zeigt eine Zusammenarbeit mit dem Familienzentrum und der Verwaltung auf, die Sinn macht. Die fachlichen Kräfte sind in der Verwaltung, Beziehungen zu den Familien werden im Familienzentrum geknüpft. So kann sich das Familienzentrum zu einer Koordinationsstelle entwickeln, welche bedarfsorientierte Angebote schafft.*

*Auch sieht das Konzept eine Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen in der Stadt wie Gesundheit, Soziales und Bildung vor. Mit dieser Zusammenarbeit wird die ganzheitliche frühe Förderung der Stadt Uster koordiniert, es ergeben sich keine Leerläufe, Doppelspurigkeiten werden vermieden. Das war immer auch eine Forderung der eingereichten Vorstösse der letzten Jahre. Mit der vorliegenden Weisung wird dies nun umgesetzt – ja, endlich umgesetzt.*

*Wir wissen, dass frühe Förderung lohnt. Es schafft ein gutes Fundament für die Entwicklung jedes Kindes. Ein gutes Fundament, das hilft, dass weniger Probleme im Primarschulalter oder gar später auftreten. Es ist uns klar, dass nicht alle Kinder erreicht werden können, welche eine verstärkte frühe Förderung bräuchten, aber jedes erreichte Kind ist ein Gewinn. Ein Gewinn für die Chancengleichheit.*

*Die SP wird den Antrag der SVP nicht unterstützen. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag nicht gewinnbringend. Es wäre eine weitere Verzögerung für die Umsetzung des Konzeptes, wie wir dies in der Vergangenheit schon zur Genüge erlebt haben. Das wollen wir nicht.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Isabel Eigenmann (Die Mitte)**: Am 24. Juni 2021 hat der Gemeinderat die Weisung 86/2021 «Frühe Förderung, Massnahmen und Weiterentwicklung» angenommen. Für die Jahre 2021 bis 2025 hat er jährlich 100000 Franken für die Frühe Förderung bewilligt. Mit diesen Mitteln sollte das Familienzentrum zum «Kompetenzzentrum für Frühe Kindheit» entwickelt werden. Warum hat das nicht den gewünschten Erfolg gebracht?

Begründet wurde die fehlende Entwicklung mit den Kündigungen der Stelleninhaberinnen. Dadurch musste wieder von vorne begonnen werden. Das Familienzentrum hat 2021 aufgrund des neuen Auftrags zwei Fachpersonen für die Frühe Förderung eingestellt: Eine 30%-Stelle für die sozial-räumliche Entwicklung im Frühbereich und eine 40%-Stelle als Leitung der Fachstelle Frühe Kindheit. Im November 2023 entschied der Stadtrat, die Fachstelle aus dem Familienzentrum herauszulösen, unter anderem wegen dieser personellen Veränderungen, die das Projekt gebremst haben. Der Anpassungsbedarf der Strukturen, die Lösung der Fachstelle aus dem Familienzentrum, begründete sich aus dem Bericht der ZHAW, die den Auftrag hatte, das Familienzentrum weiterzuentwickeln und das Monitoring aufzubauen. Es hat sich gezeigt, dass das Familienzentrum und die Fachstelle verschiedene Aufgaben haben und auch in anderen Rollen auftreten. Das Familienzentrum kann die Arbeit nicht zufriedenstellend umsetzen. Dafür fehlt eine Koordination und Organisation. Viele Angebote werden durch Freiwilligenarbeit umgesetzt, darauf zählen kann man nicht. Das Familienzentrum macht eine gute Arbeit, womit wir einverstanden sind, und soll weiterhin nahe an den Familien sein und ein Angebot aufrechterhalten, das Familien anzieht und unverbindlich ist. Die Fachstelle soll als zweiter Schritt als städtische Institution auftreten, Verbindlichkeiten erreichen und gezielter agieren.

Was bringt aber die gezielte frühe Förderung zusätzlich zum Familienzentrum? Gezielte frühe Förderung ist ein wichtiger Zweig in der Entwicklung einer ressourcenschonenden Bildung und trägt wesentlich zur Stärkung des Bildungssystems bei. Je eher das junge Kind die Sprache lernt, umso besser kann es sich integrieren und seine Chancen verbessern. Da das junge Kind oft zusammen mit einem Elternteil angesprochen wird, kann die frühe Förderung nicht nur das Kind, sondern auch die Eltern unterstützen. Ein Kind, das mit sprachlichen Kenntnissen, Kontakten zu anderen Kindern und Eltern, die das System kennengelernt haben, in die Schule eintritt, kann den Übertritt viel besser bewältigen und entlastet das Familien- und Schulsystem.

Frühförderung unterstützt Kinder und Familien in verschiedenen Bereichen. Es ist der Lebensabschnitt, indem in der Entwicklung eines Kindes am meisten passiert und indem die Gemeinden in der Gestaltung frei sind. Die Vorgaben und Ressourcen in der Schule sind meistens kantonal geregelt. Der Frühbereich ist die grosse Chance, einerseits durch Früherkennung gezielt Unterstützung anzubieten und andererseits eine optimale Vorbereitung auf die Schule anzubieten, den Lernen beginnt schon vor der Schule.

Warum wollen wir als Fraktion daran festhalten? Als Gemeinde haben wir die Chance und Pflicht, den Weg für die Kinder so zu gestalten, dass die Bedingungen, denen sie unterworfen sind, so gut wie möglich aufgefangen werden. Die Fachstelle fördert und berätet nicht nur, sondern vernetzt auch die verschiedenen Stakeholder in diesem Bereich, wie Gemeinde, Eltern, Spielgruppen, Kitas, Schule, Therapeuten, Ärzte und eben Familienzentrum.

Anderer Gemeinden wie zum Beispiel Dübendorf haben ihre frühe Förderung ausgebaut und sind erfolgreich damit. Uster hat das Budget erhöht, damit auch hier solche Aufgaben erfolgreich umgesetzt werden können. Obwohl die Ziele nicht erreicht wurden und ernüchtern, glauben wir an die Investitionen in die frühe Kindheit, dass diese zu einer funktionierenden und tragfähigen Gesellschaft beitragen und sich auszahlen. Aber wir fordern, dass der Leistungskontrakt mit dem Familienzentrum besser überwacht und früher evaluiert wird. Ausserdem erwarten wir, dass man sich auf funktionierende Elemente aus dem Konzept konzentriert und nicht an allen Massnahmen festhält und Gelder investiert, auch wenn die Ergebnisse gering sind. Wir stimmen der Weisung zu und lehnen den Antrag der SVP ab.

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** nimmt Stellung: Kleine Kinder sind von Geburt weg neugierig und lernen gerade in den ersten Lebensjahren in beeindruckender Geschwindigkeit. Diesen natürlichen Entwicklungsdrang der kleinen Kinder will die Stadt Uster unterstützen. Stichworte dabei sind Sprachförderung, Resilienz oder Frühkindliches Spiel.

*Eine gesunde Entwicklung von kleinen Kindern zahlt sich auch volkswirtschaftlich aus. Oder anders gesagt, wichtige Grundsteine, die im Kleinkindalter nicht gelegt werden, kosten die Gesellschaft in der Folge Millionen.*

*Vor drei Jahren hat der Gemeinderat ein Pilotprojekt zur «Frühen Förderung» gestartet. Er hat dazu bis 2025 jährlich 100 000 Franken bewilligt. Mit diesen Mitteln wurde beabsichtigt, das Familienzentrum zum «Kompetenzzentrum für Frühe Kindheit» zu entwickeln. Gleichzeitig wurde der Stadtrat beauftragt, im Frühling 2024 einen Evaluationsbericht vorzulegen, damit der Gemeinderat über die Weiterführung des Projektes entscheiden kann. Dieser Bericht liegt vor.*

*Die Erkenntnisse daraus sind folgende:*

*Das 1. Ziel, dass man besser an belastete Familien und ihre Kinder herankommt, konnte nicht erreicht werden. Dies auch aufgrund auch personeller Situationen.*

*Das 2. Ziel, ein besserer Übergang vom Vorschulalter in die Volksschule, war mit zwei Veranstaltungen namens «gut vorbereitet in den Kindergarten» ein Erfolg. Die zweite Massnahme, der Aufbau eines Netzwerkwerks Frühe Förderung, konnte allerdings mangels Ressourcen nicht umgesetzt werden.*

*Das 3. Ziel, eine bessere Koordination von bestehenden Angebote, wurde teilweise erreicht. Erste Konzeptideen für einen Treffpunkt für Familien mit kleinen Kindern wurden rund um das Klairs in Nänikon entworfen.*

*Fazit: Mit den gesprochenen Mitteln von 100'000 Franken konnten zwar erste Schritte für die Frühe Förderung lanciert werden. Etliche der anvisierten Ziele bliebe aber auf der Strecke. Warum diese durchgezogene Bilanz?*

*Die Ansiedlung der Fachstelle Frühe Kindheit beim Verein Familienzentrum hat sich nicht bewährt. Als Sofortmassnahmen ist darum diese Fachstelle nun neu in die Stadtverwaltung integriert worden. Während der Pilotphase wechselten mehrere Schlüsselpersonen der Frühen Förderung ihre Anstellung. Dies trug nicht unbedingt zur nötigen Konstanz bei.*

*Der vom Gemeinderat bewilligte Kredit war nicht ausreichend, um die formulierten Ziele zu erreichen.*

*Aufgrund der Evaluation wurde denn eine abteilungsübergreifende Steuergruppe Frühe Förderung gebildet, bestehend aus den Abteilungen Präsidiales, Soziales, Bildung, Gesundheit. Daraus resultierte ein breit abgestütztes Konzept, das ihr ebenfalls zusammen mit dieser Weisung bekommen habt. Dieses Konzept stellt die Frühe Förderung in einen viel grösseren Zusammenhang. Frühe Förderung eben auch als Familienpolitik. Das geht von den Wohn- und Lebenssituationen der Familien mit kleinen Kindern über städtische Spielplätze hin zu Angebote von Kitas und Spielgruppen. Auch die Primarschule, die eine Brücke zwischen Vorschulalter und Schuleintritt schlägt, ist einen wichtigen Pfeiler. Diese vier Abteilungen sind denn auch in der gemeinsamen Verantwortung, wenn es ums Thema Frühe Förderung geht.*

*Der vorliegende Kredit bezieht sich aber nicht auf alle Massnahmen, die im Konzept Frühe Förderung breit aufgeführt sind. Mit dem beantragten Geld sollen folgende Massnahmen umgesetzt werden:*

- *Fachstelle Frühe Kindheit*
- *Leistungen ans Familienzentrum*
- *Subjektbeiträge für Kindern von Working Poor Familien in Spielgruppen*
- *Pädagogisches Qualität in Spielgruppen*
- *Sprachstanderfassung von Kindern im Alter von 3 Jahren*
- *Elternbildungsangebote und Pro Juventute Elternbriefe*
- *Forum Frühe Förderung (alle zwei Jahre)*
- *Präventionskampagne «Digitale Medien»*
- *Logopädie-Besuch in Kita und Spielgruppe*
- *Pilotprojekt «aufsuchende Familienarbeit»*

*Als Projekt angedacht: Begegnungsorte für Familien mit kleinen Kindern in den einzelnen Quartieren.*

*Ein Teil dieser Massnahmen wird durch den Kanton mit 75'000 Franken finanziert. Weitere 35'000 Franken sollen durch Drittmittel generiert werden.*

*Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, für die Frühe Förderung einen jährlichen Kredit von 235000 Franken zu bewilligen. Der Stadtrat wird beauftragt, den Leistungskontrakt für das Familienzentrum neu über 210 000 Franken abzuschliessen.*

*Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen.*

**Die SVP/EDU-Fraktion beantragt Rückweisung an den Stadtrat:**

Für Ziffer 3 Dispositiv wird der Stadtrat beauftragt, diesen Leistungskontrakt für das Familienzentrum im Gesamtbetrag von 210'000 Franken in einer separaten Weisung vorzulegen.

**Abstimmung über den Rückweisungsantrag**

**Der Rückweisungsantrag wird mit 9:24 Stimmen a b g e l e h n t .**

**Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 25:9 Stimmen:**

- 1. Für die Frühe Förderung wird ein Kredit von jährlich 235 000 Franken bewilligt.**
- 2. Der Betrag ist im Globalbudget GF Gesellschaft aufzunehmen.**
- 3. Der Stadtrat wird beauftragt, den Leistungskontrakt für das Familienzentrum neu über 210 000 Franken abzuschliessen. Der Unterstützungsbeitrag setzt sich zusammen aus 100 000 Franken Betriebsbeitrag (bestehend) und 110 000 Franken Beitrag Frühe Förderung.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **5 Postulat 576/2024 von Daniel Schnyder (SVP) und Gianluca Di Modica (FDP): «Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie am Uster Märt: Mehr als nur eine Mehrwegbecher-Strategie?»**

Von Daniel Schnyder (SVP) und Gianluca Di Modica (FDP) ist am 20. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat **wird eingeladen zu prüfen**, welche Ziele und Messgrössen für die vom Stadtrat geplanten Nachhaltigkeitsmassnahmen für Veranstaltungen allgemein und insbesondere den Uster Märt gelten sollen. Dabei sind die geplanten Massnahmen auch auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang auch die vom Stadtrat geplante Einführung von Mehrwegbechern zu evaluieren. Basierend auf den Erkenntnissen soll der Stadtrat aufzeigen, welche Massnahmen er wie realisieren will und wie diese Massnahmen auch im Sinne der Marktaussteller und der Marktbesucher umgesetzt werden können.

### **Begründung**

Als Antwort auf die Anfrage 49/2023 „Uster Märt – Fortbestand sichern“ zählte der Stadtrat diverse „Nachhaltigkeitsmassnahmen“ auf, die er künftig beim Uster Märt umsetzen will. Es ist völlig unklar, nach welchen Zielen und Messgrössen der Stadtrat sich bei der Beurteilung dieser Massnahmen richtet und ob auch die für den Markt wichtigsten Beteiligten – die Marktaussteller – in den Prozess einbezogen und die Massnahmen auch in ihrem Interesse umgesetzt werden. Insbesondere bei den Marktausstellern bestehen grosse Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen und praktischen Umsetzung dieser Massnahmen und ihren Auswirkungen auf den traditionellen Charakter und den Fortbestand unseres Marktes.

Forderungen des Postulats:

1. Details zu den geplanten Massnahmen: Der Stadtrat soll detaillierte Informationen zu allen geplanten Nachhaltigkeitsmassnahmen vorlegen, insbesondere zur Einführung von Mehrwegbechern.
2. Zielwerte und Kennzahlen: Der Stadtrat wird gebeten, die spezifischen Zielwerte und die Kennzahlen, die zur Bewertung dieser Massnahmen herangezogen werden, offenzulegen.
3. Vergleichende Datenanalyse: Es soll eine Analyse vorgelegt werden, die zeigt, ob und welche Daten aus früheren Durchführungen des Uster Märt zur Unterstützung dieser Massnahmen herangezogen wurden. Diese Analyse soll aufzeigen, wie die Einführung von Mehrwegbechern die Umweltziele unterstützt und welche alternativen Optionen möglicherweise weniger einschneidende Auswirkungen hätten.
4. Risikobewertung und Alternativen-Prüfung: Eine Risikobewertung der vorgeschlagenen Massnahmen und eine Prüfung möglicher Alternativen sollen durchgeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Massnahmen nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich und sozial verträglich sind.
5. Stakeholder-Einbeziehung: Der Stadtrat soll darlegen, in welchem Umfang die Meinungen und Rückmeldungen der Marktfahrer, Besucher und anderer Stakeholder in den Entscheidungsprozess einbezogen und einfließen werden.

**Daniel Schnyder (SVP)** begründet das Postulat: *Es freut uns, zu sehen, dass der Stadtrat bereit ist, unser Postulat anzunehmen und die vorgeschlagenen Massnahmen detailliert zu prüfen. Der Uster Märt ist tief in unserer lokalen Kultur verwurzelt. Jede Änderung, insbesondere die angekündigte Einführung von Mehrwegbechern, muss daher nicht nur die ökologischen Aspekte berücksichtigen, sondern auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen bedenken. Unser Anliegen zielt darauf ab, sicherzustellen, dass die geplanten Massnahmen wirklich im besten Interesse der Ustermer Bevölkerung, der Marktbetreiber, der Gewerbetreibenden und der langjährigen Tradition des Märts umgesetzt werden.*

*Wir betonen, dass es nicht unser Ziel ist, Initiativen zur Nachhaltigkeit zu blockieren, sondern zu gewährleisten, dass diese in einer Weise durchgeführt werden, die den Fortbestand und den Charakter unseres Uster Märts unterstützt. Durch eine transparente Darlegung der Ziele und Messgrössen sowie eine umfassende Einbindung aller Marktbeteiligten können wir ein Modell schaffen, das nicht nur für Uster, sondern auch für andere Gemeinden und Veranstaltungen vorbildlich sein könnte.*

*Wir bitten Sie daher, dieses Postulat zu unterstützen.*

**Präsident Hans Denzler (SVP):** Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen (Stadtratsbeschluss 343 vom 20. August 2024. Referentin: Stadträtin Karin Fehr).

Für die Grüne-Fraktion referiert **Debora Zahn (Grüne)**: *Ich habe das Gefühl, wenn es um dieses Thema geht, wiederhole ich mich immer und immer wieder.*

*Ist es wirklich so unvorstellbar, keine Wegwerfbecher mehr zu verwenden?*

*Das H2U schafft das bereits schon seit Jahren. Auch bei allen Gastro-Anbietern, mit denen das H2U zusammenarbeitet, ist diese Auflage kein Diskussionspunkt. Und immerhin werden da 7000 Personen gepflegt.*

*Das gleiche gilt zum Beispiel auch für die Winterthurer Musikfestwoche oder den Weihnachtsmarkt beim Bellevue. Auch sie schaffen es.*

*Dass eine solche Umstellung mit zusätzlichem Aufwand verbunden ist und eine logistische Herausforderung darstellt, ist klar. Trotzdem lohnt es sich und ist auch kein Ding der Unmöglichkeit. Und selbstverständlich sollen die Standbetreiberinnen und Standbetreiber bei diesen Überlegungen mit einbezogen und bei der Umsetzung unterstützt werden. Aber hören wir doch bitte auf, bei allem Neuen gleich den Teufel an die Wand zu malen.*

*Und weil es bei diesem Postulat insbesondere um die Wirtschaftlichkeit geht: Wieso werden wir nicht ein bisschen innovativ? Wieso gestalten wir keine Ustermärt-Tässli wie das beispielsweise auf vielen Weihnachtsmärkten in Deutschland bereits Realität ist? Die Tässli am Christkindlesmarkt in Nürnberg sind überaus erfolgreich, und das schon seit Jahrzehnten. Sie schreiben auf ihrer Website dazu: «Dass der würzig-süße Wein seit 50 Jahren der Renner auf dem Christkindlmarkt ist, hat aber auch damit zu tun, dass er stets in schönen Tassen mit dem Christkindlesmarkt-Motiv ausgeschenkt wird.» Ich, und ich behaupte auch viele andere, würden sich zumindest sehr freuen, den Glühwein aus schönen Uster-Märt-Tässli zu trinken.*

*Laut der Stellungnahme des Stadtrats sind die zukünftigen Schritte zur konkreten Umsetzung bereits in Planung. Auch wenn wir die Ängste der Bürgerlichen nicht ganz nachvollziehen können, interessiert uns, wie die Umsetzung aussehen wird.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 29:0 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 576/2024 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**6 Postulat 577/2024 von Nina Nussbaumer (SP), Marco Kranner (Grünliberale) und Walter Meier (EVP): «Weiterentwicklung offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster»**

Von Nina Nussbaumer (SP), Marco Kranner (Grünliberale) und Walter Meier (EVP) ist am 21. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster weiterentwickelt werden kann.

**Begründung**

Neben der wichtigen Arbeit, die Jugendverbände, Sport- und Musikvereine sowie kirchliche Angebote im Freizeitbereich leisten, ist die offene Arbeit essenzieller Bestandteil der ausserschulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 25 Jahren. Offene Arbeit ist gratis, freiwillig und ohne Mitgliedschaft nutzbar. Sie bietet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, informiert und klärt auf – bietet kinder- und jugendgerechte Räume, fördert die Integration in die Gesellschaft und Chancengerechtigkeit und betreibt Gesundheitsförderung. Ausserdem ist sie demokratiefördernd, fungiert als Sucht- und Gewaltprävention und begleitet und berät Kinder und Jugendliche niederschwellig in ihrem Aufwachsen.

Die Stadt Uster fördert gemäss ihrem Konzept Kinder, Jugend und Familie offene Angebote wie das Familienzentrum zum Thema frühe Kindheit oder das Spielmobil und den Holzwurm zur Förderung von Kindern im Kindergarten- und Unterstufenalter. Weiter bietet sie mit der offenen Jugendarbeit ab der Sekundarstufe ein weiteres wichtiges offenes Angebot an.

Aus folgenden Gründen besteht unserer Ansicht nach Bedarf nach Weiterentwicklung des offenen Angebots:

- Die zivilgesellschaftlichen Vereine für Kinder und Jugendliche sind überfüllt, auch weil sie eine besondere Last durch die Zentrumsfunktion von Uster tragen. Dies ist einerseits erfreulich, da das Vereinsangebot attraktiv ist und genutzt wird. Andererseits haben dadurch viele Kinder und Jugendliche keinen Zugang zur ausserschulischen Förderung, da ein Vereinswachstum nur bedingt möglich ist aufgrund abnehmender Freiwilligenarbeit oder mangelnder Infrastruktur.
- Fehlendes offenes Angebot für Mittelstufe: Für Jugendliche ab der vierten Klasse verlieren Angebote wie der Holzwurm oder Spielmobil an Relevanz, der öffentliche Raum, Zeit ohne elterliche Kontrolle gewinnt an Attraktivität. Zudem werden durch den Zugang zu digitalen Medien Themen immer früher aktuell. Den Jugendlichen steht kein offenes Angebot zur Verfügung. Vergleichbare Gemeinden wie Horgen mit dem Kinderbüro oder Dübendorf mit der Kinderanimation haben diese Angebote längst geschaffen.
- Neue Zielgruppe MNA: Seit einiger Zeit betreibt die Caritas in Uster ein Zentrum für allein geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche (MNA). Diese Kinder und Jugendlichen werden zwar im Rosengarten durch die Caritas betreut, dennoch bewegen sie sich in der Gemeinde Uster und nutzen deren Freizeitangebote. Beispielsweise wird der Jugendtreff sehr gut besucht. Neben der zusätzlichen Zielgruppe gilt es zu prüfen, welche spezifischen Angebote diese jungen Menschen benötigen.
- Der Beratungsbedarf aufgrund von verschiedenen Entwicklungen (beispielsweise Anstieg psychische Belastung & Erkrankungen) von jungen Menschen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Im städtischen Leitkonzept, welches gar noch vor der Covidpandemie – und damit noch vor der Zuspitzung der Versorgungskrise – verfasst wurde, wurde dies bereits erkannt. In Uster gibt es keine spezialisierte niederschwellige Jugendberatungsstelle, insbesondere für junge Erwachsene, die nicht mehr im System Volksschule sind. Der Anstieg der Beratungen hat zur Folge, dass die Jugendarbeit keine aufsuchende und mobile Arbeit mehr leisten kann, obwohl in ihrem Konzept vorgesehen. Es scheint unklar, ob in Zukunft mobile Arbeit in Uster wiederaufgebaut werden möchte.
- Die kantonale Kulturförderung wird ausgebaut, wodurch auch Uster mehr Ressourcen für Kultur erhält. In einer Weiterentwicklung der offenen Arbeit sollte auch die Förderung von Kinder- und Jugendkultur miteinbezogen werden – schliesslich erhält Uster auch für jedes Kind CHF 3 Sockelbeitrag.
- Die Räumlichkeiten der Jugendarbeit im Westteil des Zeughauses sind befristet, denn das Areal wird zukünftig im Unterbaurecht weitergegeben. Für eine offene Arbeit sind geeignete Räume von grosser Wichtigkeit. Damit dies der Fall ist, braucht es einen Plan. Bisher ist nicht bekannt, welche Gedanken sich der Stadtrat zum Thema Räume macht.

**Nina Nussbaumer (SP)** begründet das Postulat: *Ich möchte Ihnen gerne anhand von drei fiktiven, aber durchaus realistischen Beispiele darlegen, welche Wirkung Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen haben kann.*

*Das erste Beispiel ist Ben. Er ist gerade erst nach Uster gezogen und besucht die Sekundarstufe. Ben ist eher scheu und es fällt ihm nicht leicht, sich hier einzuleben. Durch eine Einführung in der Schule lernt er das Angebot der Jugendarbeit kennen. Durch den sicheren Rahmen, der die Jugendarbeit schafft, getraut sich Ben, den Treff zu besuchen. Er meldet sich an einem Gestaltungsworkshop an und dieser gefällt ihm so gut, dass er danach immer öfters auch für sich zu zeichnen beginnt. Im Jugendtreff ergibt sich nach einer Weile auch die Möglichkeit, dass er eine seiner Zeichnungen auf die Wand malen kann. Das macht Ben stolz und er fühlt sich in seiner Kunst bestärkt. Der Zugang zu Kreativität hilft Ben, wenn er einsam ist oder wenn es ihm nicht so gut geht. Das Zeichnen wird zu einer zentralen Ressource für seine psychische Gesundheit.*

Laura möchte eigentlich in den Volleyballclub, aber der ist voll. Sie bewirbt sich anstatt dessen bei der Jugendarbeit als Coach im Projekt «Sportnacht» wo sie nun jeweils samstagsabends mit anderen jugendlichen Coaches zusammen ein Programm in der Turnhalle für alle Jugendlichen aus Uster anbietet. Als Coach verdient sie ausserdem etwas Sackgeld, was sie gut brauchen kann. Ihr gefällt es sehr, dass sie sich später auch noch als Leiterin des Teams ehrenamtlich engagiert. Laura hat nun gelernt, dass etwas für andere machen, sich engagieren und sich einzubringen, etwas Sinnvolles und Wichtiges ist.

Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass sie sich auch als erwachsene Person zukünftig für etwas engagieren wird – vielleicht sogar politisch?

Da ist da noch das Beispiel von Noah. Er ist achtzehn und hat gerade seine Lehre verloren. Der Beruf hat ihm nicht gefallen und durch seinen wachsenden Cannabiskonsum wurde er sehr unzuverlässig. Nun verbringt er viel Zeit draussen mit Freunden. Mit seinen Eltern möchte er so wenig Berührungspunkte wie möglich haben und sich schon gar nicht von ihnen helfen lassen. Zufrieden ist er nicht, er weiss, dass er wieder eine Lehre machen möchte. Aber der Weg bis dorthin überfordert ihn. Am Bahnhof begegnet Ben zufällig dem Jugendarbeiter, den er noch von früher kennt.

Im Gespräch erzählt er, dass er zurzeit keine Lehre hat und der Jugendarbeiter lädt ihn zu einem Treffen ein. Noah nimmt den Termin wahr, weil er den Jugendarbeiter noch ganz in Ordnung findet und er den Treff bereits kennt, und weiss was ihn dort erwartet.

Damit diese Wirkung – nämlich die Förderung von psychischer Gesundheit, von Demokratie und die Erhöhung von Chancengerechtigkeit - bei den Bens, Noahs und Lauras eintreten kann, braucht es eine für Kinder und Jugendliche engagierte Stadt. Es braucht eine Stadt mit kinder- und jugendpolitischen Ideen und Konzepten. Seit der letzten städtischen Konzeptüberarbeitung hat sich vieles verändert. Einige dieser Veränderungen sind in der schriftlichen Postulats-Begründung aufgeführt – Stichwort Pandemie, Jugendberatung, Rosengarten, Mittelstufe. Unserer Ansicht nach gibt es aufgrund dessen klaren Weiterentwicklungsbedarf. Dass dies der Stadtrat auch so sieht und bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, freut uns. Besten Dank, dass auch Sie unser Postulat unterstützen.

**Präsident Hans Denzler (SVP):** Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen (Stadtratsbeschluss 341 vom 20. August 2024. Referentin: Stadtpräsidentin Barbara Thalmann).

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Marco Kranner (Grünliberale):** Ausserhalb der vorgegebenen Strukturen in der Stadt braucht es für die Kinder und Jugendlichen Begleitung und Förderung. Da Jugendverbände, Sport- und Musikvereine sowie kirchliche Angebote nicht alle Bereiche abdecken können und auch Grenzen bei der Kapazität haben, ist die offene Arbeit essentiell bei der Begleitung von Kindern und Jugendlichen. Die Offene Arbeit bietet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, bietet kinder- und jugendgerechte Räume und fördert die Integration in die Gesellschaft.

Die aktuell globale geopolitische Situation führt dazu, dass vermehrt unbegleitete jugendliche Asylanter zu uns in die Stadt kommen. Wie sollen diese Menschen in der Freizeit betreut werden? Ein Teil dieser Arbeit übernimmt heute die Caritas. Aber auch die Caritas hat ihre Kapazitätsgrenzen. Es ist zu prüfen, welche spezifischen Angebote von diesen jungen Menschen benötigt werden, dass sie ausserhalb der vorgegebenen Strukturen betreut werden, um den Weg in unsere Gesellschaft zu finden.

In Uster gibt es keine spezialisierte Jugendberatungsstelle, welche für junge Erwachsene ausserhalb des Volksschul-System verfügbar ist. Demgegenüber steht der zunehmende Beratungsbedarf bei den Jugendlichen. Die Anzahl von psychischen Belastungen und Erkrankungen ist erheblich gestiegen. Der Anstieg der Beratungen hat zur Folge, dass die Jugendarbeit weniger unterwegs sein kann und demnach nur beschränkt aufsuchende und mobile Arbeit leisten kann, obwohl das in ihrem Konzept vorgesehen ist.

Aus Sicht der Postulanten besteht eine Lücke im Segment der Kinder der Mittelstufe. Bei den Kindern der Mittelstufe sowie älteren Jugendlichen gewinnen Zeit und Raum ohne elterliche Kontrolle immer mehr an Attraktivität. Heute werden bestimmte Themen durch die digitalen Medien immer früher aktuell und sollten abgeholt werden. Als Beispiele für solche Themen wären; Umgang mit sozialen Medien, Mobbing, Beziehungen, usw. Themen sollen zeitnah mit den Jugendlichen besprochen und mögliche Massnahmen erörtert werden.

*Damit sich die Jugendlichen unabhängig bewegen können, braucht es entsprechende Örtlichkeiten. Einer dieser Örtlichkeiten ist der Raum der Jugendarbeit im Westteil des Zeughauses. Dieser Raum ist aber befristet. Damit die offene Arbeit ihre Arbeit in geeigneten Standorten weiterführen kann und die Jugendlichen einen Ort haben, an welchen sie sich treffen können, braucht es einen Plan. Bisher ist nicht bekannt, welche Gedanken sich die Stadt bezüglich Räume für Jugendliche gemacht hat, wenn der Raum im Zeughaus nicht mehr zur Verfügung steht. Das Postulat möchte, dass die Jugendlichen in der Stadt durch eine Erweiterung der offenen Angebote betreut und gefördert werden und ihren Raum zur Entfaltung bekommen. Das sehen wir in der Grünliberale/EVP Fraktion auch so und werden dieses Postulat unterstützen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Lukas Adam (Grüne)**: *Als jüngster Gemeinderat möchte ich meine volle Unterstützung für das Postulat «Weiterentwicklung offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster» ausdrücken. Ich spreche hier nicht nur für mich, sondern für die gesamte grüne Fraktion, die geschlossen hinter diesem wichtigen Anliegen steht. Die Weiterentwicklung der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist nicht nur wichtig, sondern absolut dringend notwendig.*

*Unsere Stadt wächst und verändert sich, aber unsere Angebote für junge Menschen haben nicht Schritt gehalten. Wir haben gravierende Lücken:*

- 1. Es gibt keine Angebote für Kinder ab der Mittelstufe, also ab der vierten Klasse. Das ist eine kritische Phase für Jugendliche, in der wir sie nicht im Stich lassen dürfen.*
- 2. Wir haben keine Angebote für junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Das ist für die drittgrösste Stadt im Kanton Zürich schlichtweg inakzeptabel.*
- 3. Es fehlt eine niederschwellige Jugendberatungsstelle, die dringend benötigt wird, um Probleme wie psychische Belastungen oder Cybermobbing anzugehen.*

*Die Ressourcen für die Jugendarbeit müssen dringend erhöht werden. Wir leben in einer Zeit multipler Krisen: Kriege, Klimawandel und die offenkundige Tendenz, Probleme auf die nächste Generation zu verschieben, schaffen Sorge und Unsicherheit. Und dies in einer Leistungsgesellschaft, die Kindern und Jugendlichen enorm viel abverlangt. Die zunehmenden psychischen Belastungen und Probleme wie Cybermobbing erfordern unsere volle Aufmerksamkeit und Unterstützung.*

*Auch die Unsicherheit bezüglich der Räumlichkeiten für die offene Jugendarbeit muss angegangen werden. Der Stadtrat muss hier dringend eine Anschlusslösung präsentieren.*

*Eine gut ausgebaute Kinder- und Jugendarbeit gehört zu den essenziellsten und wichtigsten Aufgaben einer Gemeinde, welche wir unbedingt garantieren müssen.*

*Dieses Postulat ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Längerfristig ist hier aber noch viel Luft nach oben. Angebote wie das Label «Kinderfreundliche Gemeinde» der UNESCO wären hier eine gute Stossrichtung. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, Uster zu einer Stadt zu machen, die für ihre Kinder und Jugendlichen da ist.*

**Stadtpräsidentin Barbara Thalman:** *Der Stadtrat hat im 2020 das Konzept «Kindheit, Jugend und Familie» verabschiedet. Das Konzept definiert die kinder- und jugendpolitischen Grundlagen der Stadt Uster. Eine der Massnahmen war, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit in die Stadtverwaltung integriert wurde. Für die Jugendarbeit und das Spielmobil stehen 445 Stellenprozente zur Verfügung. Aktuell ist die offene Kinder- und Jugendarbeit mit zahlreichen jugendlichen Flüchtlinge im Jugendtreff konfrontiert. Die Unterbringung von 60 jugendlichen Flüchtlingen (UMA) im Haus Rosengarten durch den Kanton hat dazu geführt, dass sich im Jugendtreff die Besucherzahlen markant erhöht bzw. verdoppelt haben. An Spitzentagen werden bis zu 85 Jugendliche gezählt. Das Team der Jugendarbeit stösst dabei personell an seine Grenzen.*

*Die Arbeitsgruppe Jugendhilfe beobachtet eine Verjüngung von Problemsituationen auch bei Mittelstufenkindern, sei das Cybermobbing, sexuellen Übergriffen oder der Konsum von Substanzen.*

*Die Ustermer Sportvereine stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. Einzelne Vereine können keine Kinder mehr aufnehmen. Betroffen sind meist Kinder, wo eine Aufnahme oft besonders wichtig wäre. Das Spielmobil und der Abendteuer-Spielplatz Holzwurm weisen höhere Besucherzahlen aus. Die Nachfrage nach Freizeitangeboten für Kinder steigt.*

*Für das Zielgruppenalter junge Erwachsene gibt es in der Stadt Uster heute noch keine Angebote. Die Abteilung Soziales arbeitet an einem Konzept, das sich gezielt an junge Erwachsene richtet.*

*Etliche dieser aktuell beobachteten Herausforderungen decken sich mit den Begründungen des Postulats. Der Stadtrat ist deshalb bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Er ist bereit, das eingangs erwähnte Konzept zu überprüfen und Optionen für eine Weiterentwicklung der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster zu erarbeiten.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 577/2024 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**7 Postulat 550/2023 von Jürg Krauer (FDP) und Markus Ehrensperger (SVP):  
Strassenzustand, systematische Erfassung und Veröffentlichung; Bericht und  
Antrag des Stadtrates**

**Markus Ehrensperger (SVP)** nimmt Stellung: *Unser Postulat wurde mit 35:0 Stimmen an den Stadtrat überwiesen, ein bemerkenswerter Umstand, der nicht allen politischen Vorstössen vergönnt ist.*

*Entsprechend haben wir erwartet, dass der Stadtrat das Anliegen samt einer möglichen Umsetzung prüft und aufzeigt.*

*Gefordert wurde die systematische Erfassung des Strassenzustandes mitsamt Gesamt-Veröffentlichung und Abrufbarkeit für die Bevölkerung. Naheliegend wäre das im GIS-Browser. Von der Grünliberale/EVP-Fraktion kam weiter der Input, dass die Daten gleich mit denen der Energie Uster verknüpft werden sollen, was auch für uns absolut Sinn macht.*

*Im Postulatsbericht lesen wir nun auf fünf Seiten lang und breit, dass es kantonale, kommunale, eidgenössische und private Strassen gibt. Dass die Daten bereits systematisch erfasst würden. Dass die Werkleitungen der Energie Uster gehören, dass Koordinationssitzungen stattfinden würden, dass VSS-Normen zur Anwendung kommen und dass der durchschnittliche, kommunale Strassenzustand in den letzten 15 Jahren zwischen 1.2 bis 1.9 variierte. Öffentlich einsehbar via NPM-Bericht. Was wir aber mit keinem Buchstaben lesen können, ist, wie der Stadtrat auf das einstimmig überwiesene Postulat eingehen beziehungsweise es sogar umsetzen will. Daher fordern wir einen Ergänzungsbericht, der den Postulatsinhalt auf- und ernstnimmt.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: *Noch kaum einmal hat mich ein Bericht des Stadtrates zu einem Postulat so sehr enttäuscht wie der hier vorliegende Bericht. Alles was in diesem Bericht wiedergegeben wird, ist uns bereits heute bestens bekannt.*

*Wir kennen aus dem GIS-Server die Karte mit den Eigentumsverhältnissen und sind uns bewusst, dass der Stadtrat nur die kommunalen Strassen beeinflussen kann und nicht die privaten oder kantonalen. Wir kennen aus dem NPM-Bericht den Zustandsindex und wissen, dass wir jeweils gleich viel investieren müssen, wie der Wertverlust der Infrastruktur beträgt, um den Wert der Anlagen zu erhalten und damit auch einen gleichbleibenden Zustandsindex zu erreichen.*

*Das Einzige, was uns neu vorgelegt wurde ist das Pläni auf der Seite 4 des Berichtes. Dieses zeigt den Strassenzustand zum Zeitpunkt von vor drei Jahren. Das genügt uns nicht um die Investitionsplanung des Stadtrates zu beurteilen.*

*Ab hier folgt nun deshalb nochmals mein Votum vom vergangenen März:*

*Für den Gemeinderat und insbesondere die zuständige KPB ist es unabdingbar, dass wir über Detailinformationen verfügen. Es ist nicht nur der Strassenzustand, sondern auch der Zustand der Abwasserleitungen und von Seiten der Energie Uster AG auch der Zustand bzw. Sanierungs- und Investitionsbedarf für die Wasser-, Gas-, Strom- und Fernwärmeleitungen zu erheben und abzubilden. Nur so können wir uns ein vollständiges Bild des Zustands unserer Infrastruktur machen und die vorgesehenen Investitionen im Budget überprüfen.*

*Die Daten sind in der Verwaltung vorhanden, also sind sie auch für die Öffentlichkeit auf dem GIS-Server oder aber zumindest für uns Gemeinderäte zugänglich zu machen.*

*Unsere Fraktion wünscht sich öffentliche, nachvollziehbare Unterlagen und unterstützt den Antrag auf einen Ergänzungsbericht.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Besten Dank für die Diskussion. Bevor ich zum Antrag für einen Ergänzungsbericht komme, lassen sie mich nochmals zwei, drei Worte zum Postulatsbericht verlieren.*

*Mit diesem Postulat haben Sie den Stadtrat eingeladen, er solle prüfen, wie der Zustand der Gemeindestrassen regelmässig und systematisch erfasst werde und für die technische und finanzielle Planung herangezogen werden könne. Wir zeigen Ihnen in diesem Bericht auf, dass diese Forderungen bereits erfüllt worden sind, weil das bereits heute geschieht. Wenn Sie das – wie ich jetzt gehört habe – aber bereits alles gewusst haben, dann – mit Verlaub – ist zu fragen, warum Sie diese Forderungen so erhoben haben.*

Zurück zur Sache: Wir erheben bereits seit langem den Strassenzustand basierend auf den Normen und Richtlinien des Schweizerischen Verbandes der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) und aktualisieren diese Erhebungen regelmässig. Die aktuellste Erhebung ist in diesem Sommer gemacht worden, die aktualisierten Resultate liegen aber noch nicht vor. Die von Ihnen geforderte und von uns seit längerem gemachte Erhebung ist logischerweise eine wichtige Grundlage bei der Planung der Investitionen in unsere Strasseninfrastruktur.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig ist die Koordination mit andern Werkeigentümern, etwa der Energie Uster AG, Telekommunikationsunternehmen oder auch die Abstimmung mit grösseren Bauvorhaben von Privaten, soweit wir davon Kenntnis haben. Mit diesen Partnern finden halbjährlich Koordinationssitzungen statt mit dem Ziel zu verhindern, dass im einen Jahr die Energie Uster AG eine Strasse aufreisst und die Stadt Uster dann im Jahr darauf.

Was heisst das jetzt für die Planung? Das heisst, dass wir manchmal eine Strasse zwei, drei oder vier Jahre früher an die Hand nehmen, als dass vielleicht der Fall wäre, wenn wir ganz allein unterwegs wären. Es bedeutet aber auch, dass wir die Sanierung unserer Strassen auch mal zwei, drei oder vier Jahre weiter hinausschieben, als es uns vielleicht lieb wäre, weil eben ein Partner noch nicht so weit ist. Unter dem Strich gleicht sich das aber aus und – vor allem – es spart Geld. Es kommt für alle günstiger, als wenn jeder für sich allein baut. Bei der Bonstettenstrasse beispielsweise – und sie steht ja am Ausgangspunkt dieses Postulats – ist so ein Synergiepotential von rund 300'000 Franken verspielt worden. Der Stadtrat bedauert das.

Und damit komme ich jetzt um Antrag für einen Ergänzungsbericht. Ich kann das Anliegen, den Strassenzustand öffentlich einsehbar zu machen, grundsätzlich verstehen. Auch dem Stadtrat ist Transparenz wichtig. Und ich glaube, er lebt dies auch vor, wenn man schaut, wie er das heute im Vergleich zu noch vor ein paar Jahren handhabt.

Nur haben wir jetzt das Problem, dass der Strassenzustand – wie aufgezeigt – eben nur eine Seite dieser Medaille ist. Die andere, mindestens ebenso so wichtige Seite, die Absprache mit den anderen Werkeigentümern und das Synergiepotential, das sich daraus ergibt, also diejenige Seite, wo es dann eben ums Geld geht, um den sorgsam Umgang mit Geld geht, diese Seite wird dadurch nicht erfasst. In der Politik wie im Leben ist es aber wichtig, Entscheide in Kenntnis von möglichst allen Fakten zu fällen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass ein Aspekt fälschlicherweise zu hoch gewichtet wird.

Darum: Ich habe Verständnis für die Forderung nach Transparenz. Aber dann muss sie alle Aspekte umfassen und nicht nur die eine Seite der Medaille zeigen. Man könnte selbstverständlich prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, auch den Koordinationsstand irgendwie geeignet abzubilden. Das dürfte aber nicht ganz einfach sein.

Zusammenfassend kann man darum sagen: Wir haben Ihnen mit diesem Postulatsbericht aufgezeigt, dass wir unsere Strassenprojekte sorgfältig planen. Abgestützt auf den Strassenzustand einerseits, aber auch in Koordination mit anderen Werkträgern andererseits, das ganz im Sinne eines sorgsam Umgangs mit den Steuergeldern unserer Bevölkerung.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den Antrag für einen Ergänzungsbericht abzulehnen.

**Markus Ehrensperger (SVP) beantragt einen Ergänzungsbericht (Art. 42 Abs. 3 OrgErl GR).**

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 23:0 Stimmen:**

- 1. Der Stadtrat hat einen Ergänzungsbericht vorzulegen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**8 Postulat 553/2023 von Natalie Lengacher (Grüne), Debora Zahn (Grüne), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Karin Niedermann (SP): «Endlich Lärmschutzmassnahmen umsetzen»; Bericht und Antrag des Stadtrates**

**Debora Zahn (Grüne)** nimmt Stellung: *Wir Grüne begrüssen das Bekenntnis des Stadtrats in seiner Stellungnahme zum Postulat 553, Lärmschutzmassnahmen voranzutreiben, insbesondere auch auf der Zentralstrasse. Wir erinnern uns, dass der Stadtrat bezüglich Zentralstrasse, einst noch anderes behauptet hat. Dass er Tempo 30 auf der Zentralstrasse, dank einer Petition von Anwohnerinnen und Anwohnern, gegenüber dem Kanton nun doch unterstützend überwies ist sehr erfreulich und hätte aber auch schon früher passieren können.*

*Der Einsatz von lärmarmen Belägen und die Einführung von Tempo 30 in mehreren Zonen sind Schritte in die richtige Richtung, um die Lärmbelastung zu senken und die Lebensqualität in Uster zu verbessern.*

*Trotz dieser Fortschritte bleibt die Situation an stark befahrenen Strassen wie der Zentral- und Zürichstrasse kritisch. Die Lärmbelastung ist hier weiterhin hoch, was sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden vieler Anwohnerinnen und Anwohner auswirkt. Wir begrüssen, dass der Kanton Zürich mittlerweile offener für Temporeduktionen auf Staatsstrassen ist, sehen aber noch Potenzial für eine schnellere und umfassendere Umsetzung.*

*Lärmschutz ist nicht nur eine Umweltfrage, sondern zentral für unsere Gesundheit. Wir fordern den Stadtrat auf, sich weiterhin stark beim Kanton für zusätzliche Massnahmen einzusetzen, um die Lärmbelastung nachhaltig zu reduzieren.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Benjamin Streit (SVP)**: *Wenn man das Postulat und die Antwort des Stadtrates auf dieses liest, kommt einem vor allem die Bezeichnung Pamphlet und Ideologie in den Sinn. Die sachliche Argumentation tritt in den Hintergrund; die leidenschaftliche Parteilnahme gegen den MIV, also das Aufsetzen der „Autohasser-Brille“ überwiegt bei der Argumentation.*

*Das Postulat fordert unter dem Deckmantel des Lärmschutzes eine flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in Uster, egal in welcher Höhe sich die Strassen befinden.*

*Wissenschaftlich belegte Fakten in Form von Zahlen fehlen gänzlich. Angaben über das Lärmsenkungs-Potential aufgrund der Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit, zumindest auf empirischer Basis, ebenfalls Fehlanzeige. Die Einheit Dezibel dB glänzt mit Abwesenheit und das in einem Lärm-Vorstoss! Hier geht es einzig um Theorie, linke ideologische Theorie, fernab jeglicher Vernunft und Realität.*

*Warum halten wir nicht viel von den Phrasen in dieser Vorlage:*

- 1. Laut der Signalisationsverordnung (SSV) sind Geschwindigkeitsreduktionen unter „Generell 50“ auch auf Hauptstrassen in Ausnahmefällen möglich. Hierfür ist ein auf dem Strassenverkehrsgesetz (SVG) und der Signalisationsverordnung (SSV) basierendes genau definiertes dreistufiges Vorgehen anzuwenden.*

*In Uster soll nun die SVG und das SSV nicht für ein paar 100 Meter Strasse als Ausnahme angewendet werden, nein man missbraucht das System zur flächendeckenden Tempo-30 Installation!*

*Liest man in der SSV etwas genauer, fallen einige bedeutende Punkte auf; Der „Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist zu wahren“, auf welchen der Stadtrat in seiner Antwort kurz verweist, jedoch nicht weiter darauf eingeht. Weiter verweist der Stadtrat zwar auf die Auswirkungen für den ÖV, wie dies die SSV auch macht, er sieht aber darin kein Problem. Folgekosten durch mehr Busse werden dann einfach auf den Steuerzahler abgewälzt.*

*Die SSV nennt Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und den Verkehrsablauf als weiteren Punkt. Der Stadtrat lässt diese Aspekte für das Stassennetz von Uster gekonnt aus.*

- 2. Mit diesem Postulat und der Antwort des Stadtrates wird auch klar aufgezeigt, wohin die Reise geht. Die Lebensweise wird vorgeschrieben, der MIV soll keinen Platz mehr haben in Uster. Wer auf das Auto setzt oder darauf angewiesen ist, steht als Verlierer da.*

*Die Herabsetzung anderer Personen ist das eigentliche Ziel eines Pamphlets und wird billigend in Kauf genommen, womit wir zu meiner Einleitung zurückkommen.*

*Den Autofahrern soll es in Uster ablöschen, man will sie vergraulen und schlussendlich durch diese abweisende Haltung vertreiben.*

*Wenn natürlich zahlreiche Vertreter der Linken, wie z. B. Stadtrat Feldmann oder Gemeinderat Marc Thalmann privat kein Auto benötigen (dies haben die beiden ja stolz in diesem Saal kundgetan) ist der MIV aus Sicht der Linken unbedeutend.*

*Und hier zeigt sich die schlimmste Eigenschaft der Sozialisten, mit zunehmendem Machtgewinn werden sie totalitär. Ihr Weltbild ist sakrosankt!*

*Das Resultat sind solche Postulate, die Exekutivantworten dazu und am Schluss die Umsetzung dieser Ideologien.*

*Die Stimmbevölkerung von Uster hat die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen abgelehnt, wo bleibt die Berücksichtigung des Willens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger!?*

3. *Die Kosten spielen natürlich in den Gedanken der Sozialisten ohnehin keine Rolle. Weder die immensen Aufwände für Flüsterbelag-Einbauten noch für die Umgestaltung der Strassen in 30er-Zonen. Von der Belastung der Umwelt durch unnötige Belagsarbeiten sowie dem dadurch zusätzlich entstandenen Baulärm sprechen wir schon gar nicht. Was aber wieder einmal mehr hervorsteicht, ist der nicht vorhandene Sinn für die Wirtschaft – wie auch bei den Staatsangestellten welche der Planwirtschaft huldigen und in deren Welt das Geld vom Himmel fällt! Mit solchen Vorstössen und den darin geforderten Massnahmen fördern sie erhöhte Transportkosten und ziehen den Wertschöpfungsprozess als Ganzes in die Länge und senken damit die wirtschaftliche Effizienz. Kurzum sie schaden mit ihrer Politik der Wirtschaft und mindern schlussendlich den Wohlstand. Als Krönung der Thematik und mit Ausblick auf das Budget 2025, blasen Sie die ganze Sache noch auf, kreieren eine „Strategiegruppe Lärmschutz“ und nutzen die Gelegenheit zum Ausbau des Staatsapparats.*

*So geht verantwortungsvolle Sachpolitik im Namen der roten Bourgeoisie von Uster!*

*Die SVP/EDU-Fraktion stimmt der Antwort des Stadtrats nicht zu.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Ob Marc Thalmann ein Velo hat, weiss ich nicht, darum brauche ich das vorherige Votum nicht weiter zu kommentieren. Lärm bzw. Ruhe ist ein Element des Städtebaus. Also ein Element wie z.B. die Gestaltung des öffentlichen Raums, der Schutz vor Hitzeinseln, Aufenthaltsräume, Nutzungsbedürfnisse, Licht und Dunkelheit, Sicherheit oder Identität.*

*Wir anerkennen, dass der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Kanton bemüht ist, die Lärmbelastung in Uster in einem verträglichen Mass zu halten. Sehr gut ist, dass entlang der Strassen dafür keine Lärmschutzwände vorgesehen sind. Das wäre Gift für einen guten Städtebau.*

*Uster ist eine Stadt – und das bringt mit sich, dass wir Verkehrslärm haben, Lärm wegen Bauarbeiten oder eines Industriebetriebs, oder Alltagslärm von spielenden Kindern oder einer Festivität. Es ist richtig und wichtig, wenn versucht wird, die Lärmbelastung einzudämmen.*

*Wichtig ist jedoch, wenn die Stadt Vorstellungen hat über Orte und Zeiten, wo und wann es ruhig sein soll. In Analogie zur Frage des Lichtes, was, wann wie beleuchtet sein muss bzw. wo wir es dunkel haben möchten. Denn ruhige Orte sind wichtig.*

*Das Postulat bezieht sich auf den Verkehrslärm. Dies ist v.a. auch ein Thema entlang der Kantonsstrassen oder entlang der Bahnlinie. Und wie es der Stadtrat richtig dargelegt hat, ist er bei diesen Infrastrukturen auf den Kanton bzw. auf den Bund angewiesen.*

*Wir erwarten, dass der Stadtrat seine Bedürfnisse beim Kanton und beim Bund einbringt. Der Stadtrat muss zu allen städtebaulichen Aspekten seine Vorstellungen formulieren. Also zur Gestaltung des öffentlichen Raums, zur gewünschten Nutzung, zur Frage der Hitzeminderung etc. Nur so entsteht eine Stadt, wie wir uns wünschen. Sich auf Lärmfragen oder gar nur auf lärmarme Beläge oder Tempo 30 zu beschränken, greift zu kurz. Das gilt nicht nur für übergeordnete Infrastrukturen, sondern für die ganze Stadt.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: *Wir freuen uns, dass der Stadtrat selber lärmarme Beläge einbaut und sich auch wenn immer möglich beim Kanton für den Einbau von lärmarmen Belägen einsetzt. Neben den lärmarmen Belägen sind es auch Temporeduktionen, die wesentlich zu Lärmreduktionen beitragen. Und dies erst noch kostengünstig. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass das Tiefbauamt des Kantons die Erarbeitung eines Grundlagenberichtes über das ganze Stadtgebiet in Auftrag gegeben hat uns sind gespannt auf die Resultate, die demnächst vorliegen werden und uns dann hoffentlich auch zugänglich gemacht werden. Lärm ist ein grosses gesundheitliches Risiko, weshalb der Stadtrat zu Recht die Umsetzung von Lärmschutzmassnahmen als Daueraufgabe betrachtet. Unsere Fraktion begrüsst es, dass dem Lärmschutz in der Stadt Uster ein grosses Gewicht beigemessen wird. Hingegen stehen wir der Schaffung eines neuen Stellenpensums von 20 % skeptisch gegenüber. Der Aufwand für die Koordination innerhalb der Stadtverwaltung müsste sich doch mit Effizienzsteigerungen durch digitale Prozesse erreichen lassen. Wir werden im Budgetprozess die notwendigen kritischen Fragen dazu einbringen.*

**Silvio Foiera (EDU)**: *Um das Votum der Sachpolitik und der primären Forderung nach Lärm aufzunehmen, fehlt mir heute ein Thema: Elektromobilität.*

*Mit der Förderung der eMobilität könnte somit nicht nur die Lärmbelastung gesenkt werden, es wäre auch Ausdruck einer vorwärts gerichteten Verkehrspolitik.*

*Allerdings lässt gerade hier die Energiestadt-Gold Effort missen. So sehen zwar seit längerer Zeit Ladestationen auf städtischen Flächen. Deren Praktikabilität und somit deren Auslastung wäre aber wohl auch ein Thema für einen Zustandssindex. Auch die Unterführung Dammstrasse hemmt aufgrund der Höhenbegrenzung den Ausbau der VZO-Elektrobus-Flotte. In Uster, wo Busse im Durchmesserbetrieb verkehren, ein drastischer Einschnitt. Ein Projekt, für die dringend nötige Absenkung ist nicht in Sicht.*

*Zusätzlich möchte ich noch zu bedenken geben, dass Tempo 30 zur Lärmreduzierung mittelfristig gar Lärm generieren könnte.*

*Um Personen und Langsamverkehr zu schützen, müssen per Gesetz Fahrzeuge seit Mitte 2019 mit akustischer Signalisation bei niedrigen Geschwindigkeiten ausgestattet sein. Dieses künstliche Brummen setzt je nach Fahrzeug bereits ab Geschwindigkeiten zwischen 30-40km/h ein. So könnten wir uns dank der Lärmsenkungsmassnahme Tempo 30 an Hauptachsen, permanent mit einem Geräuschteppich an synthetischem Brummen gegenübersehen.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Besten Dank für die Diskussion und die doch mehrheitlich freundliche Aufnahme dieser Auslegeordnung. Und zum Sprecher der SVP kann ich nur sagen: Das ist ja das Schöne an der Ideologie, ideologisch sind nämlich immer nur die anderen. Ihr Votum hat das ja gerade sehr schön bewiesen.*

*Der Stadtrat hat mit seinem Bericht zu diesem Postulat aufzeigen wollen, dass er das Problem der Lärmbelastung ernst nimmt und das, was in seiner Macht steht, so gut wie möglich auch macht. Auf Grund dieser Diskussion habe ich den Eindruck, dass das auch gelungen ist.*

*Auf Gemeindestrassen ist das, was in seiner Macht steht, natürlich etwas einfacher. Als eine der ersten Gemeinden haben wir zum Beispiel lärmarme Beläge eingesetzt. Und ein einfaches und wirksames Mittel ist natürlich die Einführung von Tempo 30. Wie Sie wissen, schlägt Ihnen der Stadtrat im Entwurf zum kommunalen Richtplan [Weisung 71/2024] vor, in den Wohnquartieren überall Tempo 30 einzuführen. Wir haben inzwischen 23 dieser Tempo-30-Zonen. Und warum haben wir diese? Weil diese von der Bevölkerung so gewünscht werden.*

*Darum ist es jetzt Zeit, mit diesem Flickenteppich aufzuräumen. Der Stadtrat hofft natürlich, dass Sie das auch bei den Beratungen im Gemeinderat so stützen werden.*

*Bei Staatsstrassen ist das etwas schwieriger, weil dafür ist natürlich grundsätzlich der Kanton zuständig. Aber auch dort fordern wir im Rahmen von Gesprächen oder Stellungnahmen stets, dass der Lärm mit geeigneten Massnahmen an der Quelle bekämpft wird. Einige Beispiele haben wir Ihnen im Postulatsbericht aufgeführt. Der Kanton hat für diese Anliegen inzwischen etwas offenere Ohren als früher. Aber man muss trotzdem immer dranbleiben.*

*Weil in Uster in den nächsten Jahren verschiedene Betriebs- und Gestaltungskonzepte und Instandsetzungsarbeiten anstehen, hat sich das Tiefbauamt des Kantons Zürich jetzt dazu entschieden, einen Grundlagenbericht über das ganze Stadtgebiet von Uster zu erarbeiten. Dieser Schritt wird vom Stadtrat ausdrücklich begrüsst.*

*Wie bereits gesagt – der Stadtrat nimmt das Ruhebedürfnis unserer Bevölkerung ernst und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Situation Schritt für Schritt immer weiter verbessert wird.*

*Ich bitte um Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.*

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 19:9 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht zum Postulat 553/2023 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

**9 Postulat 557/2024 von Balthasar Thalmann (SP): «Eine Zukunft für das Stadtarchiv – keine tote Untere Farb: Kühlen Kopf bewahren und planen anstelle voreiliger Aktionen»; Bericht und Antrag des Stadtrates**

**Balthasar Thalmann (SP)** nimmt Stellung: *«Eine Zukunft für das Stadtarchiv - keine tote Untere Farb.» Die Ustermer Politik muss Antworten zu zwei Fragen zu finden. Zum einen, wo es genügend und geeigneter Platz für das historische Gedächtnis von Uster hat, also für das Stadtarchiv hat. Zum anderen, wie die Perle Untere Farb genutzt werden soll.*

*Der Stadtrat hat eine Auslegeordnung gemacht und möchte mit der heutigen Diskussion hören, welche Haltungen im Gemeinderat vertreten werden. Dieses Vorgehen finde ich sehr gut.*

*Der Stadtrat hat drei Optionen auf den Tisch gelegt.*

*Die 1. Option «Reduktion», mit dem Stadtarchiv in der Unteren Farb.*

*Die 2. Option «Trennung», Stadtarchiv woanders, z.B. in der Käserei Roth, und die Untere Farb soll einfach saniert werden.*

*Die 3. Option «Neustart».*

*Lassen Sie mich diese drei Optionen messen an den zwei Fragen, zu denen die Politik eine Antwort finden muss: was passiert mit dem Stadtarchiv? was passiert mit der Unteren Farb?*

*Die 1. Option, also das Stadtarchiv in der Unteren Farb, bringt Antworten auf beide Fragen. Wir hätten eine Lösung für das Stadtarchiv und eine Nutzung für die Untere Farb. Kostenpunkt: rund 12.6 Mio. Dass man versuchen muss, diese Kosten noch zu reduzieren, finde ich gut.*

*Die 2. Option «Trennung» beantwortet die Fragen nur teilweise: die Untere Farb würde saniert; weil aber keine Nutzungsidee vorhanden ist, bleibt sie tot.*

*Für das Stadtarchiv gäbe es eine Alternative. Vorgeschlagen wird die Option Käserei Roth. Ob der Alternativstandort für das Stadtarchiv nun die Käserei Roth ist oder sonst ein Lagerraum ist für die politische Beurteilung vorerst nicht relevant.*

*Wir hätten eine Lösung – vorerst nur für 20 Jahre – für das Stadtarchiv. Allerdings «irgendwo» und nicht kombiniert mit einem Ort, der ohnehin für die Ustermer Identität wichtig ist.*

*Kostenpunkt dieser Lösung liegt bei insgesamt rund 8.3 Mio. Diese setzen sich zusammen aus Fr. 5 Mio. für die nötigsten Sanierungsarbeiten für die Untere Farb, aus geschätzten 0.8 Mio. für den Einbau des Archivs und aus Fr. 2.5 Mio., wenn man die Mietkosten mit 3% diskontiert.*

*Die 3. Option «Neustart» lässt die Antworten für beide Fragen zur Unteren Farb und zum Stadtarchiv offen.*

*Wie ist diese Situation nun zu würdigen.*

*Die Option 3, also ein Neustart, wäre dann nötig, wenn sich herausstellen würden, dass weder Option 1 noch Option 2 ein gangbarer Weg ist. Vorerst ist diese aber nicht weiterzuverfolgen.*

*Option 2 «Trennung» hat den Vorteil, dass man vernünftige Räumlichkeiten für das Stadtarchiv hätte. Nicht mehr und nicht weniger. Aber das für nur 20 Jahre, für ein Nutzungsbedürfnis, das auch in 100 Jahren noch da ist. Die Untere Farb würde zu einem Mahnmal der Ustermer Politik werden; zu einem Mahnmal, dass es ist Uster nicht möglich erscheint, mit einen historisch und städtebaulich wichtigen Ort und Gebäude so umzugehen, dass ein Mehrwert für die Ustermer Bevölkerung entsteht.*

*Die rund Fr. 4 Mio., die diese Lösung weniger kostet im Vergleich zum ursprüngliche Projekt Untere Farb, tönt verlockend. Wenn man diese Fr. 4 Mio. anschaut, dann relativiert sich dies sehr. Es sind Gelder, die nicht gebraucht werden, weil Geplantes nicht umgesetzt wird. D.h. weil der Unteren Farb kein Leben eingehaucht wird: weder eine Nutzung für den Wohnteil, weder für den Teil der Scheune noch für die Umgebung. Solange keine Antworten auf diese Punkte auf dem Tisch liegen, kann seriös nicht von einer günstigeren Lösung gesprochen werden.*

*Option 1 «Reduktion» ist diejenige Option, die nach meiner Ansicht und nach Ansicht der SP-Fraktion weiterzuverfolgen ist. Weshalb und wie?*

*Weshalb? Weil es die einzige Option ist, die eine Antwort auf die beiden Fragen zum Stadtarchiv und zur Unteren Farb liefert. Die Idee des historischen Gedächtnisses von Uster in einem historisch so wichtigen Gebäude Mitten im Herzen von Uster könnte damit umgesetzt werden. Ich möchte darum den Stadtrat und euch allen liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderatsmitglieder ermutigen, auch für diesen Weg zu plädieren.*

*Ich fände es allerdings falsch, wenn nun einfach im stillen Kämmerlein weiter geplant wird und Kosteneinsparungsmöglichkeiten gesucht werden. Ich finde, es muss ein Runder Tisch einberufen werden, wo gemeinsam ausgelotet wird, auf welche Elemente des ursprünglichen Projekts verzichtet werden kann. Dass ein solcher Weg Erfolg haben könnte, zeigen vergangene Beispiele. Ich denke da an den Umbau des Central's oder an die Richtplanung für das Seerestaurant. An einem solchen Runden Tisch müssten u.a. Personen aus dem Gemeinderat, des Referendatskomitees, der Freunde der Paul Kläui Bibliothek und des Quartiers teilnehmen.*

*Ich bin überzeugt, dass so der allseits gesuchte Kuss entstehen kann. Der Kuss, um die Untere Farb aus ihrem Dornröschenschlaf aufzuwecken.*

*Ich glaube, Uster hat es verdient, auf diesen Kuss hinzuwirken; die Alternative wäre, die Untere Farb als Mahnmahl im Stadtpark stehen zu lassen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Josua Graf (Grünliberale)**: *Im Postulatsbericht legt der Stadtrat drei verschiedene Optionen für das weitere Vorgehen dar und bittet den Gemeinderat um entsprechende Stellungnahme.*

*Die Grünliberale/EVP Fraktion unterstützt die Option 2, dabei begrüßen wir insbesondere, dass der bereits bestehende Gestaltungsplan nicht komplett neu erarbeitet werden muss, sondern sinnvoll angepasst werden kann. Eine vollständige Neuplanung wäre kostenintensiv und würde die bereits getätigten Planungskosten unnötig abschreiben. Stattdessen sollte der Plan so überarbeitet werden, dass eine zukunftsfähige Nutzung des Areals definiert wird.*

*Wir erachten es als richtig, dass das Stadtarchiv in die Käserei Roth verlegt wird. Diese Lösung bietet ausreichend Platz und erfüllt die Anforderungen an eine Archivierungseinrichtung.*

*Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Zukunft der Unteren Farb. Dieses historische Gebäude sollte nach der Sanierung nicht leer stehen, sondern einem öffentlichen Nutzen zugeführt werden. In diesem Zusammenhang sehen wir eine vielversprechende Möglichkeit darin, das Gebäude für die Jugendarbeit der Stadt zu nutzen. Da es absehbar ist, dass die Jugendarbeit ihren bisherigen Standort auf dem Zeughausareal in naher Zukunft aufgeben muss, könnte die Untere Farb ein neuer, geeigneter Standort werden. Eine entsprechende Prüfung halten wir für notwendig und sinnvoll.*

*Zusammengefasst plädiert die Grünliberale/EVP Fraktion für eine pragmatische und ressourcenschonende Lösung: Die Anpassung des bestehenden Gestaltungsplans, die Verlegung des Stadtarchivs in die Käserei Roth sowie die zukünftige öffentliche Nutzung der Unteren Farb, wobei die Möglichkeit für die Jugendarbeit ausdrücklich geprüft werden sollte. So können wir sowohl die finanzielle als auch die gesellschaftliche Nachhaltigkeit der Planung sicherstellen.*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *Die mögliche Analogie zum Richtplan ist nicht von der Hand zu weisen. Auch bei dieser Abstimmung zur Umnutzung der Unteren Farb hat sich die Exekutive nicht um die Einwendungen der bürgerlichen Minderheit geschert. Mit der Konsequenz, dass wir nach der Kreditabstimmung vor einem Scherbenhaufen standen.*

*Nun hat der Stadtrat eine Auslegeordnung für das weitere Vorgehen gemacht und die Variantenfrage gestellt.*

*Grundsätzlich sind für die FDP/Die Mitte-Fraktion alle Varianten mögliche Vorgehensweisen. Option 1 stellt den Vorschlag dar, den wir als Fraktion vor der Abstimmung einbringen wollten, um das Projekt in der Unteren Farb möglicherweise retten zu können.*

*Die FDP/Die Mitte-Fraktion sieht aber in der im Bericht des Stadtrats neu eingebrachten Idee eines Archivs in der ehemaligen Roth-Käserei eine gangbare Variante, die auch für die Stadtfinanzen eine gute Option darstellt. Auch wenn damit heute unklar bleibt, was in der Liegenschaft passieren wird, schafft dies auch Raum, um die Nutzungen der Unteren Farb nochmals offen zu betrachten.*

*Aus unserer Sicht wäre unter Betrachtung aller Vor- und Nachteile daher die Option 2 die naheliegendste Vorgehensweise. Damit wird auch die Option 3 "Neustart" nicht gänzlich ausgeschlossen, falls sich im weiteren Verlauf der Klärungen zeigen sollte, dass der heute geltende Gestaltungsplan die künftige Entwicklung des Areals zu stark einschränkt.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger (SVP)**: *Das Stimmvolk von Uster hat Ja gesagt zum Projekt Stadtarchiv mit Gastroteil zu Kosten von hohen 8 Millionen Franken. Und eigentlich war es nicht verwunderlich, dass ein Projekt bachab geschickt wird, wenn es plötzlich fast doppelt so viel kosten soll. Da fragt man sich schon, wie man zuerst dermassen danebenliegen kann. Wie können offensichtliche Kosten nicht erkannt und offensichtlich notwendige Massnahmen einfach übersehen werden? Irgendwie haben wir das Gefühl, dass es in Uster ganz dringend einen Vorstoss bezüglich Baumanagement braucht.*

*Wir sind noch immer für das ursprüngliche Projekt. Und zwar, als finanzielle Richtung etwas überspitzt gesagt, mit den ursprünglichen Kosten. Wir verlangen, dass sich der Stadtrat nochmals hinsetzt und die Kosten überprüft. Es kann auch beim Archiv sicher gespart werden. Dann schauen wir weiter.*

*Wenn wir aus den Varianten des Stadtrates auswählen müssen, dann wählen wir den kompletten Neustart. Mit folgenden drei Hinweisen:*

*Erstens: Die drei Varianten stammen vom rot-grünen Stadtrat, somit hat man die Wahl zwischen Pest, Cholera und Pizza Hawaii. (Heiterkeit im Saal)*

*Zweitens: Was bei der Variante Trennung unter Stärken aufgeführt wird, landet beim Neustart plötzlich unter Schwächen. Sie können dreimal raten, welche Variante der Stadtrat bevorzugt.*

*Drittens: Immerhin ergibt sich mit der Variante Neustart und der aktuellen Richtplanrevision die Gelegenheit, die publikumswirksame Gastronutzung in die Villa am Aabach zu verlegen. Wenigstens ein kleiner Lichtblick.*

*Wir sind mit der Auslegeordnung nicht restlos zufrieden und lehnen eine positive Erledigung ab.*

**Paul Stopper (BPU)** beantragt **Redezeitverlängerung um 7 Minuten** (Heiterkeit im Saal).

Zwischenruf von **Markus Ehrensperger (SVP)**: *Ich bin dafür. Wenn wir schon mal hier sind!* (Heiterkeit im Saal)

Der Antrag für Redezeitverlängerung wird **mit 11:10 Stimmen angenommen**.

**Paul Stopper (BPU)**: *Ja, wir sind so klug wie zuvor. Der Stadtrat sagt, was alles nicht geht. Nur was gehen würde, sagt er nicht. Da ist es wirklich schwer, kühlen Kopf zu bewahren (siehe Titel im Postulat).*

*Kleine Bemerkung: Der Stadtrat schreibt im Bericht von einem „Abstimmungskampf“. Ein Kampf war es nicht. Es war eine „Abstimmungskampagne“. Ich jedenfalls habe keine Hellebarden oder Morgensterne gesehen. Merke: Die Wortwahl ist eben auch Politik.*

*Die Diskussionen um die «Untere Farb» sind schon sehr, sehr alt.*

*Aus meinem Referat in der Gemeinderatssitzung vom 8. Februar 2016, Gestaltungsplan Untere Farb, Weisung 45/2015):*

*«Die „Untere Farb“ ist ein Bijou für Uster. Da sind sich alle einig. Der Kauf im Jahre 1987 durch die Stadt Uster war richtig (2.3 Mio. Fr.). Damals schwebte dem Stadtrat ein Vereinshaus vor. Dieses Ziel wurde sehr schnell verlassen.*

*Danach verlief um die „Untere Farb“ vieles nicht sehr optimal. Deshalb etwas zur Geschichte:*

- *September 1991: Einzelinitiative von 7 LdU-Mitgliedern zur Zuteilung des ganzen Areals zur Freihaltezone*
- *Bericht des Stadtrates vom 18. August 1992: Ablehnung, u.a. „Eine vorzeitige Zuweisung der Unteren Farb in die Freihaltezone würde die Planungsmöglichkeiten massiv einschränken. (...). Zuerst sollen in seriöser Arbeit alle Rahmenbedingungen aufgrund des Studienauftrages und des Architekturwettbewerbes festgelegt werden.“*
- *Der Gemeinderat lehnte die Einzelinitiative im Januar 1993 (selbstverständlich) ab: 23 Nein zu 3 Ja!*
- *Dezember 1995: Anfrage der LdU-Gemeinderatsfraktion über Nutzung der Unteren Farb (u.a. „Weshalb ist im langfristigen Finanzprogramm der Stadt für die Untere Farb kein Betrag eingesetzt, nicht einmal für Nutzungsstudien).*
- *Februar 1992: Antwort Stadtrat (4 Sätze): „Es ist abzuwarten, welche Kultur- und Vereinsnutzungen bei der Liegenschaft Asylstrasse 10 und beim Erweiterungsbau Stadthaus (Neubau Bibliothek, Kulturgüterschutz) verwirklicht werden können.“*
- *August 2000: Fragestunde im GR: Was mit der Unteren Farb geschehen soll. Antwort Stadtrat (AvU vom 30.08.2000): „Im Kulturkonzept signalisierte der S, dass man die Untere Farb nun*

*doch nicht kulturell nutzen wolle. Was mit der Liegenschaft geschehen solle, darüber werde man sich aber in absehbarer Zeit Gedanken machen müssen, versicherte Wolfensberger dem Fragesteller Paul Stopper (LdU)."*

- *April 2001: Die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU) reichte zusammen mit der „Stiftung Pro Zürcher Haus“ und dem „Zürcher Heimatschutz“ dem Stadtrat ein Konzept für ein Naturschutzzentrum „Untere Farb“ ein.*
- *19. Juli 2003 (TA): „Naturschutzzentrum gestoppt. (...). „Wir wollen das Haus nicht verschenken“, sagt Thomas Bornhauser von der Ustermer Liegenschaftenverwaltung. Auch der Kanton, der das Projekt mitfinanziert hätte, ist wegen des verordneten Sparprogrammes zurückgekrebst.“*
- *29. Januar 2009 (TA): Vorläufig kein Kleintheater am Stadtpark in der „Unteren Farb“.*
- *24. Januar 2011: Im Rahmen der vom Stadtrat der Öffentlichkeit vorgestellten Idee „Zentrum im Fokus“ reichte die GNVU das Projekt für ein „Naturschutzzentrum“ erneut ein. Insbesondere schlug die GNVU die naturnahe Gestaltung der heute Farbwiese bezeichneten Fläche vor (Naturwiese). Zudem sollten auf dieser Wiese hochstämmige Bäume gepflanzt werden.*
- *15. Februar 2011, Antwort Stadtrat: „Zu beachten ist auch, dass der Zonenplan der Stadt Uster diese Wiese als Bauzone mit Gestaltungsplanpflicht deklariert. Dies bedeutet, dass auf der Grundlage eines öffentlichen Gestaltungsplanes eine bauliche Entwicklung möglich ist. Die Anlegung hochstämmiger Bäume scheint deshalb zum heutigen Zeitpunkt nicht gegeben“.*
- *Juni 2014: Die GNVU reicht sein aktualisiertes Projekt für ein Naturschutzzentrum nochmals ein.*
- *Juni 2014: Stadtrat veröffentlicht seinen Studienauftrag für das Stadtarchiv in der Unteren Farb“.*

*Die Untere Farb zeigt sehr auf, wie die Stadt Uster seit Jahren, ja Jahrzehnten tickt: Sie bringt einfach nichts zustande (wenn es von der falschen Seite kommt. Jetzt wieder zurück zum Postulatsbericht:*

*Das einzig neue steht auf Seite 2, dass der Stadtrat nun endlich zugibt, dass die private Wohnnutzung des Wohnteils im Sinne der Besitzstandsgarantie zulässig sei. Vor der Abstimmung behauptete er das Gegenteil, nämlich, eine Wohnnutzung sei nicht zulässig.*

*Trotzdem kann es der Stadtrat resp. der/die Verfasser des Berichtes nicht verkneifen, wider besseres Wissen weiter zu behaupten, die private Wohnnutzung entspreche nicht den Vorschriften des Gestaltungsplanes. Im Gestaltungsplan heisst es aber: «Der Wohnteil ist sachgerecht zu renovieren». Ein Wohnteil ist ein Wohnteil und nichts anderes.*

*Ich will aber nicht mehr weiter auf diese Sache zurückkommen, denn es benötigt ohnehin einen neuen Gestaltungsplan und darin kann die Formulierung so formuliert werden, dass die Beamten diese nicht wieder ins Gegenteil verkehren können.*

*Auch wir als Gegner des Projektierungskredites «Untere Farb» sind der Ansicht, dass eine Renovation der Unteren Farb dringend nötig ist und dass die Paul Kläui-Bibliothek unter der Pünt-Turnhalle in der alten Zivilschutzanlage aus ihrem jämmerlichen Dasein befreit werden muss.*

*Der Stadtrat führt dann aus, dass für die Untere Farb keine Alternativen zur Verfügung für das Stadtarchiv zur Verfügung stünden. Er führte nochmals den auch aus unserer Sicht unmöglichen Standort unter dem Stadthausplatz auf. Was soll das, wenn der Stadtrat im Postulats-Bericht selbst auf Seite 5 oben schreibt, dass die Arbeitsplätze der Archiv-Mitarbeitenden unter der Pünt-Turnhalle nicht dem Arbeitsgesetz entsprechen (im Keller, kaum Tageslicht und keine Sicht ins Freie, ArGV 3, Art, 24 Abs 5). Wie wäre denn das unter dem Stadthausplatz zu lösen? Wo wären die Fenster, wo die Sicht ins Freie? Diese Begründung zeigt doch, dass der Stadtrat einfach das Blaue vom Himmel schreibt. Einmal so, einmal so. So lief eben das Geschäft Untere Farb seit Jahrzehnten ab.*

*Der Stadtrat hat bekannterweise mit Beschluss 358 vom 21. Juni 2016 beschlossen, angesichts der hohen Kosten von über 8 Millionen Franken auf den Einbau des Stadtarchives in die Untere Farb zu verzichten. Zudem hat er beschlossen: «In einem ersten Schritt ist ein neuer Gestaltungsplan mit öffentlicher Nutzung zu erwirken. In einem zweiten Schritt sollen die Konkrete Nutzung sowie die Sanierung thematisiert werden.»*

*Ein neuer GP wurde nicht erstellt. Irgendwer hat dann den Stadtrat nach den Wahlen 2018 übers Ohr gehauen (die neuen Stadträte wussten ja nicht, was vorher gelaufen ist!), sodass die Beamten dann trotzdem am Standort Untere Farb weiterbastelten – entgegen einem klaren Stadtratsbeschluss.*

*Zur Nutzung städtischer Liegenschaften:*

*Der Stadtrat zählt nur wenige Liegenschaften auf, in welche das Stadtarchiv zügeln könnte.*

*Es interessiert mich brennend, wie andere städtische Liegenschaften belegt sind (für städtische und rein private Zwecke). Haben wir das Zeughaus gekauft, um viele private Ateliers darin einzurichten? In den Weisungen stand damals kein Wort davon.*

*An Alternativen stehen weiter zur Verfügung:*

- *ZKB-Gebäude Der Gemeinderat stimmt im März 2016 dem Kauf zu (5.5 Mio. Fr.). Die Nutzung war offen. Weshalb dann plötzlich die Finanzabteilung darinsitzt, ist mehr als fragwürdig.*
- *Zeughaus: Wie werden die Zeughäuser K1 und K2 genau genutzt («Grafos» vertrieben, Armeemuseum vergrault und vertrieben). Wie und wer nutzt nun diese Räume (oder die Räume neben der Zeughausbar mit einem Tisch und drei Stühlen drin. Oder im Erdgeschossraum neben dem «House of Mezze», in welchem es einmal gebrannt hat)?*
- *Paul-Kläui-Bibliothek statt dem unnützen sogenannten «Regal» auf dem Zeughaus-Areal an der Berchtoldstrasse für nicht mehr benötigte Kinoräume (dem aber die Platanen zum Opfer fallen würden).*

*Zum Gebäude Käserei Roth:*

*Für Stadtarchiv schon etwas abgelegen. Frage: Kann nicht die Finanzabteilung/Liegenschaften-Abteilung in die Käserei, damit das Stadtarchiv in die ehem. ZKB-Gebäude zügeln kann?*

*Zur Schenke*

*Interessant die Ausführungen für die sog «einfache Schenke». Sie zeigen auf, dass diese Idee immer schon total schräg war und für die Stadt ein reines Verlustgeschäft geworden wäre. Also definitiv begraben. Keine Kernaufgabe der Stadt. Auch, weil im Hochhaus neben dem Stadtpark das Restaurant «Die Zentrale» entstanden ist. Weshalb soll die Stadt Uster diesen Betrieb mit Millionenbeträgen konkurrenzieren?*

*Lösungsoption*

*Aus Sicht des Referendumskomitees ist klar, dass ein Neustart («Reset») nötig ist, d.h. der Gestaltungsplan muss geändert resp. aufgehoben werden.*

*Untere Farb in Freihaltezone*

*Die ganze Liegenschaft kann auch der Freihaltezone zugeteilt werden.*

*Die Bestimmungen von § 69 des Bau- und Planungsgesetzes (PBG) für die kommunalen Freihaltezonen lauten:*

*III. Die Freihaltezonen und die Erholungszonen*

*§ 27<sup>1</sup> Als Freihaltezonen oder Erholungszonen sind die Flächen auszuscheiden, die für die Erholung der Bevölkerung nötig sind.*

*<sup>2</sup> Der Freihaltezone können ferner Flächen zugewiesen werden, die ein Natur- und Heimatschutzobjekt bewahren oder der Trennung und Gliederung der Bauzonen dienen.*

*Beide Voraussetzungen sind für die «Untere Farb» erfüllt.*

*Fazit: Der Gestaltungsplan muss ohnehin geändert werden, auch aus einem anderen Grund: Im Gestaltungsplan steht:*

*„1 Der Schutzzumfang des Gebäudes «Untere Farb» mit der Assekuranznummer 2558 samt Umgebung richtet sich nach dem Stadtratsbeschluss 1013 vom 13. November 1984.“*

*Im Bericht des Stadtrates zum vorliegenden Postulat steht aber auf Seite 4 ganz oben: «Seit 2023 ist die Untere Farb ein überkommunales Schutzobjekt».*

*Wo und wann kann man diesen Schutzvertrag einsehen (Öffentlichkeitsprinzip)? (wiederholt Heiterkeit im Saal)*

**Vizepräsident Ali Özcan (SP):** *Paul Stopper hat 11 Minuten und 30 Sekunden gesprochen. (Heiterkeit im Saal)*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Lukas Adam (Grüne)** in Vertretung von Patricio Frei (Grüne): *Im Nachhinein mache ich als Gemeinderat die Faust im Sack und frage mich: Gopf, wie ist das möglich? Noch 2020 sagten über 70% der Stimmberechtigten Ja zum Gestaltungsplan mit dem Stadtarchiv in der Unteren Farb und keine vier Jahre später erleidet das Projekt Schiffbruch! Hatten die Stimmberechtigten einfach voreilig Ja gesagt, ohne sich über die Kosten bewusst zu sein? Oder hätten die Projektverantwortlichen besser darauf achten müssen, ein möglichst günstiges Projekt vorzuschlagen, gewissermassen ein «M-Budget Untere Farb»?*

*Ist das nicht ein Déjà-vu? Hatten wir das in Uster nicht schon mal? Stichwort Villa am Aabach. Droht nun auch der Unteren Farb der Tod? Als neuer Gemeinderat kenne ich die früheren Projekte in Uster nicht aus eigener Erfahrung. Aber mir wurde von ähnlichen Situationen in der Vergangenheit berichtet. Droht nun auch der Unteren Farb ein solches Schicksal?  
Hand aufs Herz: Wer weiss, wo derzeit das Archiv der Stadt Uster (überall) ist? Und nochmals Hand aufs Herz: Wer war schon einmal im Stadtarchiv?  
Das Stadtarchiv wäre auch in der Unteren Farb nicht zu einem Publikums-Hotspot wie die Landhalle während dem Oktoberfest geworden. Aber immerhin hätte der altehrwürdige Ort eine ihm angemessene Nutzung erhalten.  
Von den drei nun vorliegenden Optionen schafft es keine, uns Grüne in absolute Glückseligkeit zu versetzen: Die erste Option wäre nach dem Volks-Nein inakzeptabel. Die zweite würde immerhin die dringend nötige Sanierung endlich ermöglichen, würde aber einen beträchtlichen Teil der Unteren Farb ungenutzt lassen. Und ein Neustart würde unsere Geduld unnötig überstrapazieren. Zudem ist derzeit keine Lösung in Sicht, wie denn die Untere Farb anders genutzt werden könnte. Letztlich sprechen wir Grünen uns für Option 2 aus, die «Trennung», verbunden mit der Hoffnung, dass die nächste Generation an Politikerinnen und Politikern irgendwann eine zündende Idee hat und der Unteren Farb eine sinnvolle Nutzung zukommen lassen wird.  
In diesem Sinn: Hurra, die Untere Farb ist nicht tot. Die Untere Farb lebt! Wir haben heute Abend erfolgreich den Reanimationsversuch durchgeführt. Jetzt geht es darum, der Patientin wieder auf die Beine zu helfen, und zwar rassig. Ihr Zustand ist nicht rosig.  
Übrigens: Vor der Unteren Farb hat es einen Spielplatz. Kommt dazu noch ein Antrag, damit dieser in einen Sitzplatz umgewandelt werden kann?*

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** nimmt Stellung: *Frei nach Goethe – da steh' ich nun und bin so klug wie zuvor. Ich habe die diversen Optionen aufgeschrieben. Das ist also die Ausgangslage. Der Projektierungskredit ist abgelehnt worden. Jetzt haben wir Ihnen den entsprechenden Bericht dazu vorgelegt. Nach eingehender Prüfung präsentiert Ihnen der Stadtrat drei Optionen fürs weitere Vorgehen. Die Herausforderung liegt in der Nutzungsfrage. Alle Optionen sind aus verschiedenen, insbesondere aus rechtlichen und politischen Gründen nicht umsetzbar gewesen. Wir wollen die Komplexität reduzieren. Darum ist die „Option Trennung“ die beste aller Optionen. Danke für Ihre Ausführungen. Wie es weitergehen wird, werden wir nun eingehend zu evaluieren haben. Wie wir wissen, wurde der Planungskredit für die Untere Farb am 03. März 2024 abgelehnt. Mit dem vorliegenden Postulat wurde der Stadtrat beauftragt, vor weiteren Entscheidungen die Planung für das Stadtarchiv und die künftige Nutzung der Unteren Farb sorgfältig und ergebnisoffen aufzuarbeiten und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Das hat der Stadtrat mit vorliegender Auslegeordnung getan. Unbestritten ist wohl nach wie vor, dass die Untere Farb dringend saniert werden müsste und dass das Stadtarchiv einen neuen Standort braucht. Grundsätzlich ergeben sich nach eingehender Überprüfung und sorgfältigem Abwägen der Vor- und Nachteile drei Lösungsoptionen, wie es mit der Unteren Farb weitergehen könnte:*

- 1. Reduktion: Kosteneinsparung durch Verzicht auf die Gastronomie*
- 2. Trennung: Gebäudesanierung und anderer Standort fürs das Stadtarchiv*
- 3. Neustart: Aufheben des Gestaltungsplans und neue Nutzungsdiskussion*

*Aus Sicht des Stadtrates liegt die Herausforderung bei der Nutzungsfrage. Alle bisher geprüften Nutzungsoptionen für die Untere Farb sind aus rechtlichen, finanziellen, baulichen oder denkmalpflegerischen Gründe nicht umsetzbar – oder sind politisch nicht mehrheitsfähig. Eine weitere Herausforderung liegt in der Komplexität des Projektes. Die verschiedenen Ziele - Gebäudesanierung, neues Stadtarchiv und Erweiterung des Stadtparks mit Gastronomie - lassen sich offenbar nicht im gleichen Projekt realisieren. Der politische Widerstand zu einzelnen Aspekten hat sich am 3. März 2024 zu einer ablehnenden Mehrheit kumuliert. Insofern erscheint es sinnvoll, die Komplexität zu reduzieren und die einzelnen Ziele getrennt anzugehen. Der Stadtrat favorisiert deshalb die Option «Trennung». Für das Stadtarchiv konnte zwischenzeitlich der Standort «Käserei Roth» gefunden werden. Das ist für das Stadtarchiv eine gute und rasch umsetzbare Option. Sie entlastet zudem die Investitionsrechnung und verursacht die geringsten Folgekosten. Allerdings bleibt das Risiko, dass für die «Untere Farb» keine öffentliche Nutzung gefunden werden kann, welche zur erhofften Belebung des Areals führt.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 24:9 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht zum Postulat 557/2024 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 10 Kenntnisnahmen

### Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 2. September 2024 sind beim Bezirksrat Uster bis 18. Oktober 2024 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

### Anfragen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 584/2024 von Andres Ott (SVP) vom 5. September 2024: „Unterbaurecht Zeughausareal West – wie stellt der Stadtrat eine erfolgreiche Vergabe sicher?“
- 585/2024 von Josua Graf (Grünliberale) und Marco Kranner (Grünliberale) vom 9. September 2024: Veränderung der Parkplatzsituation in Uster seit der Abstimmung über die Initiative „In Uster konsumieren – lokal parkieren. Kein Parkplatzabbau in Uster!“
- 586/2024 von Paul Stopper (BPU) vom 10. September 2024: «Agglomerationsprogramm, 5. Generation, Zürcher Oberland. Kulturland in Nänikon frischfröhlich überbauen, wie wenn die Ustermer Stimmberechtigten im März 2021 keine Volksinitiative zur Umzonung der Reservezone in die Landwirtschaftszone angenommen hätten?»
- 587/2024 von Nina Nussbaumer (SP) vom 18. September 2024: Absage „Uster on Ice“
- 588/2024 von Marius Weder (SP) und Nina Nussbaumer (SP) vom 23. September 2024: „Was würde die Annahme der kantonalen Vorlage 5939 für die Stadt Uster bedeuten?!“
- 590/2024 von Claudia Frei (Grünliberale) vom 26. September 2024: Einhaltung Volksschulgesetz Schulhaus Hasenbühl und Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler innerhalb der Stadt Uster
- 591/2024 von Andres Ott (SVP) vom 3. Oktober 2024: Steuereinnahmen aufgrund der Neubewertungen der Liegenschaften
- 592/2024 von Andres Kronenberg (SP) vom 2. Oktober 2024: Rücklieferatarife
- 593/2024 von Markus Ehrensperger (SVP) vom 4. Oktober 2024: „Grundstückgewinnsteuern auch der Sekundarschulgemeinde zurechnen“
- 594/2024 von Markus Ehrensperger (SVP) vom 9. Oktober 2024: „Was würde die Annahme der kantonalen Vorlage 5939 für die Stadt Uster tatsächlich bedeuten?“
- 595/2024 von Daniel Schnyder (SVP), Isabel Eigenmann (Die Mitte) und Marc Thalmann (FDP) vom 21. Oktober 2024: „KI-gestützte Schulklasseneinteilung“

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 572/2024 der Grüne-Fraktion vom 18. Juni 2024: Schutz der Lehrpersonen und Prävention von Diskriminierung aufgrund von Sexualität, Geschlecht und Gender (Primarschulpflegebeschluss vom 10. September 2024)
- 573/2024 der Grüne-Fraktion vom 18. Juni 2024: Schutz der Lehrpersonen und Prävention von Diskriminierung aufgrund von Sexualität, Geschlecht und Gender (Sekundarschulpflegebeschluss vom 10. September 2024)

- 574/2024 von Simon Vlk (FDP), Isabel Eigenmann (Die Mitte) und Silvan Dürst (SVP) vom 10. Juni 2024: «Einführung eines Büroflächenstandards für die städtische Verwaltung» (Stadtratsbeschluss vom 10. September 2024)
- 575/2024 von Ursula Räuftlin (Grünliberale), Matthias Bickel (FDP) und Paul Stopper (BPU) vom 18. Juni 2024: Sanierung Heusser-Staub-Strasse / Bonstettenstrasse (Stadtratsbeschluss vom 10. September 2024)
- 578/2024 von Claudia Frei (Grünliberale), Marco Kranner (Grünliberale) und Matthias Bickel (FDP) vom 24. Juni 2024: Pornographie an der Primarschule Uster (Primarschulpflegebeschluss vom 24. September 2024)
- 579/2024 von Angelia Zarotti (SP) vom 8. Juli 2024: Jahresgebühr für Kinderkarten in der Bibliothek (Stadtratsbeschluss vom 1. Oktober 2024)

## Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 9. September 2024: Stadt Uster, Start der der Elite Frauen der Rad-WM, Einladung für den VIP-Empfang am Samstag, 28. September 2024, 11 Uhr, Pünt-Areal
- 9. September 2024: Sekundarstufe Uster, Einladung zur Eröffnung Neubau Pavillon der Berufswahlschule Uster (BWS) am 13. November 2024
- 12. September 2024: Oberstufenschule Nänikon-Greifensee (OSNG) und Sekundarstufe Uster (SSU), gemeinsame Medienmitteilung vom (11. September 2024) zum Verfahrensstand Grenzbereinigung
- 16. September 2024: Energie Uster AG, Medienmitteilung «Grundwasserpumpwerk Strandbad Uster: Spülbetrieb mit Färbversuchen»
- 19. September 2024: Regierungsrat, GPV, VZGV und VZS: Einladung zum 5. Zürcher Klimadialog auf Dienstag, 29. Oktober 2024, 8:30 Uhr bis 12:45 Uhr, Volkshaus Zürich, Motto «Mit Raumplanung zum guten Lokalklima»
- 20. September 2024: Stadt Uster, Einladung zum Personalfest auf Mittwoch, 25. September 2024, 16:45 Uhr im Zelt neben der Landihalle
- 2. Oktober 2024: Primarschule Uster, LINK September-Ausgabe Elterninfo
- 21. Oktober 2024: RZO, Antwort vom 5. September 2024 auf die Zuschrift von Paul Stopper vom 17. August 2024 i/S. Neue Greifenseestrasse

Beim Parlamentsdienst kann eingesehen werden:

- Musikschule Uster Greifensee: Programm „Rampenlicht“ für die Konzertsaison 2024/25
- Andreas Auer: Staatsrecht der schweizerischen Kantone. Bern 2016
- Martin Graf/Andrea Caroni, Hrsg.: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung. Kommentar zum Parlamentsgesetz (ParlG) vom 13. Dezember 2002. 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Basel 2024

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 11. November 2024, 19 Uhr statt. Für die Ratsmitglieder wird bereits ab 18 Uhr eine „Präsentation Schulraumplanung und Information Schulhaus Oberuster“ angeboten.

Für das Protokoll  
23.10.2024

Der Ratsschreiber  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugt  
28.10.2024

Der Präsident  
Hans Denzler